

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme
des Montags täglich (inkl.)

7. Jahrgang.

Donnerstag, 10. März 1927.

Nr. 58.

Vor dreißig Jahren.

Die erste Wahl der fünften Kurie.

Von Richard Bernstein (Berlin).

Am 9. März waren dreißig Jahre ver-
gangen, seitdem das allgemeine Wahlrecht in
Österreich, somit auch in den Sudetenlän-
dern, zum ersten Male angewendet worden ist.
Der jahrelange, heldenmütige, begeisterte und
gähe Wahlrechtskampf der sozialdemokratischen
Arbeiterpartei hatte endlich einen Teilerfolg er-
reicht. Freilich, eine sehr unbefriedigende, weil
mehr aufreizende als sättigende Reform war es,
die mehr dem Ministerpräsidenten Graf Kasimir
Badeni 1896 vom Reichsrat beschloffen wurde:
zu den 353 Abgeordneten der Wahlkörper des
Großgrundbesitzes, der Handelskammern, der
Städte und der Landgemeinden kamen noch 72
Erwählte des allgemeinen Wahlrechts. Die
neuen Wähler mußten männlich, mindestens
24 Jahre alt und am Tage der Wahlschrei-
bung wenigstens sechs Monate ortsanfänglich sein.
Aber auch jeder, der in einer der vier alten
Kurien das Wahlrecht hatte, durfte in der fünften
mittwählen. Das bedeutete von vornherein
für die überwiegend landwirtschaftlichen oder
kleinbürgerlichen Bezirke die Ueberstimmung der
Arbeiterwähler, und darum wirkte das Mit-
wählrecht der privilegierten Wähler in der All-
gemeinen Kurie um so erbitternder, als sie in
ihren Kurien durch die Mindestforderung einer
direkten Steuerleistung von acht Kronen vor
einem Mißstimmen von Arbeitern so gut wie
hermetisch gesichert waren. Zudem hatten die
Zensurwähler eine ungleich stärkere Vertretung
im Parlament, als der große Pöbel, in den
die Wählerschaft der V. Kurie eingesperrt war.
Man kann sich die Größe der neuen Wahlkreise
vorstellen, wenn das weite Reich von Bodenbach
bis Cottaro und von Bregenz bis Suczawa in
72 Wahlkreise eingeteilt wurde! Um nur zwei
Beispiele zu erwähnen: der 9. böhmische Wahl-
kreis der V. Kurie umgab mit Gablonz a. N. an
und hörte mit Landskron und Rokittitz auf —
man brauchte mit der Eisenbahn einen ganzen
Tag, um von Gablonz nach Landskron zu kom-
men, nach Rokittitz kam man überhaupt nicht.
Und während der kleine Wiener Stadtbezirk I.,
die Innere Stadt, in der Stadtkurie vier
Abgeordnete wählte, hatte ganz Wien in der
V. Kurie ganze fünf Mandate zu befehlen. So
sehr die ländlichen Rieswahlkreise der an Geld
und Agitatoren noch armen Sozialdemokratie
die Propaganda erschwerte, so sehr erleichterte
sie den bürgerlichen Gemeindebehörden den
Wählerlistenwindel durch Nicht- oder Falsch-
eintragungen. Um dagegen das Reklamations-
verfahren erfolgreich zu organisieren, fehlte es
an Zeit und Kräften. Der christlichsoziale Ma-
gistrat des damaligen Wien hat bei jener Wahl
denn auch das seinige getan, um das Wahlsüß-
für die Luqerei zu forrigieren und in der Pro-
vinz, schon gar in den rückständigen Ländern
wie Galizien, Dalmatien usw., blieb man in
dieser Kunst nicht zurück.

Aber das war noch nicht alles: Es war
den Zensurlandtagen überlassen, zu bestimmen,
ob die V. Kurie ebenso wie die Kurie der Land-
gemeinden, direkt oder indirekt wählen sollte.
Und mit Ausnahme der großen Städte und,
wie ich mich zu erinnern glaube, der nieder-
österreichischen Landgemeinden, wurde überall
indirekt gewählt. Auf je 500 Urwähler kam
ein Wahlmann, dessen Name in undlich der
Wahlkommission genannt werden mußte! Bei,
wie konnte man da jeden Abhängigen strafen,
wenn er anders wählte als der Fabrikant,
Grundherr, Förster, Bürgermeister, Pfarrer
wollte!

So waren die Bedingungen, unter denen
nun die Sozialdemokratie in die erste Wahl-
schlacht ging. Herrliches leisteten unsere Vor-
kämpfer, Vielgenannte ebenso Unbekannte, an
Agitationsarbeit jeder Art. Eine ganze Reihe
Parteiblätter verdankt jenem Wahlkampf ihr
Existenz, es war eine grandiose Werbezeit.
Iene Winter- und Vorfrühlingsmonate 1896/97.
In Wien, wo ich damals zwar noch die
I. I. Mittelschulbank drückte, aber schon mit
Feuer und Planne bei der Partei war, griffen

Kampfbereitschaft der Eisenbahner.

Einmütiges Festhalten am vorwöchigen Beschluß.

An alle Eisenbahnbediensteten!

Die Vertreter der im Zentralvertrauensmän-
nerratsrat vertretenen Eisenbahnergewerkschafts-
organisationen traten am Grund des Beschlusses
vom 2. d. M. am Mittwoch, den 9. März, zu
einer neuerlichen Beratung über die Frage der
Dienstordnung zusammen. Es wurde festgestellt,
daß bis zu dem Augenblicke, wo dieser Bericht her-
ausgegeben wurde, der Entwurf der Dienst-
ordnung weder dem Zentralver-
trauensmännerrat, noch den
Vertretern der gefertigten Organi-
sationen übergeben worden ist.

Die Vertreter der gefertigten Organisationen
beharren selbstverständlich auf dem Be-
schluß vom 2. d. M., daß der Entwurf der
Dienstordnung sofort den Zentralvertrauensmän-
nerratsrat und den Organisationen zur Stellung-
nahme und Neufassung übergeben wird.

Die Beratung, welche sich durch die Ein-
mütigkeit, die zwischen den Vertretern der ge-
fertigten Organisationen hinsichtlich der Situation
besteht, auszeichnet, dauert während der Nach-
stunden weiter. Es wird über die Art und Weise
des letzten friedlichen Versuches, die
Regierung zur Nachgiebigkeit zu be-
wegen, sowie über die notwendigen Maß-
nahmen für den Fall des aufgezungen-
en Abwehrkampfes ein eigener Be-
richt herausgegeben werden.

Akční výbor (Unie žel. zaměstnanců. —
Federace strojvůdců. — Spolek čsl. úředníků
žel. s úplným střed. vzděl. — Liga).

Verband der Eisenbahner.

M. V. S. Sekce železniční.

Die neue Dienstordnung.

Die „Lidove Noviny“ veröffentlichten be-
reits Einzelheiten aus der neuen Dienstordnung
für die Eisenbahner, welche im Ministerrat bereits
genehmigt wurde und in den nächsten Tagen in
Kraft treten soll. Demnach werden von den bis-
herigen vier Beamtengruppen bloß zwei aufrecht
erhalten. In der ersten Gruppe sind die juristischen
und technischen Beamten sowie die Ärzte, in der
zweiten Gruppe Geometer, Verkehrs- und Admi-
nistrationsbeamte. Die Beamten des Status 3 a)
und 3 b) verlieren den Beamtencharakter und wer-
den Eisenbahngastisten ohne Rangsklasse. Sie wer-
den in drei Gruppen geteilt. In der ersten
sind die bisherigen Beamten des Status 3 a) mit
einem Anfangsgehalt von 9000 Kronen, der in
zehn Vorrückungen bis auf 25.200 Kronen erlöht
wird. In der zweiten Gruppe sind die Maschinen-
führer mit einem Gehalt von 9000 bis 23.400 Kro-
nen, in der dritten Gruppe Ranglisten, Zugführer
und die übrigen Beamten. für welche außer der
Untermittelschule noch eine zweijährige Handels-
schule vorgeschrieben ist. Ihr Gehalt beträgt 7800
bis 18.600 Kronen. Die Anwärterzeit beträgt in
den ersten beiden Gruppen sechs Jahre, die dritte
Gruppe hat keine Anwärter, sondern wird aus den
Unterbeamten ergänzt.

Die Beamten, welche bisher in den dritten
Status eingereiht waren, können sich bis Ende
1927 entscheiden, ob sie Beamte bleiben wollen,

allerdings ohne Anspruch auf eine syste-
matisierte Stelle, oder ob sie Gastisten ohne
Rangsklasse mit Anspruch auf Vorrückung wer-
den wollen.

Die Unterbeamten und Angestellten
werden in vier Gruppen geteilt. In der ersten
Gruppe sind die Unterbeamten mit einem
Gehalt von 7200 bis 17.100 Kronen, die zweite ist
eine Zwischengruppe zwischen Angestellten
und Unterbeamten mit einem Gehalt von 6.300
bis 13.056 Kronen, in der dritten Gruppe sind die
Angestellten mit einem Gehalt von 6300 bis
12.240 Kronen, und in der vierten die übrigen
Angestellten, welche einen Gehalt von 6300 bis
11.160 Kronen haben werden, also weniger als
es das Gehaltsgefehl vorliegt.

Das Quartiergeld wird in allen diesen
vier Gruppen einheitlich sein und 3000 K für Prag
und Großstädte, für kleinere Städte 2556 K, 2100
und 1656 Kronen betragen.

Der Erziehungsbeitrag wird für Be-
amte mit 1800 K für das erste Kind und mit 3000
Kronen für mehrere Kinder festgesetzt. Bei den
übrigen Angestellten beträgt der Erziehungsbeitrag
1200 beziehungsweise 2100 Kronen.

Die Dienstordnung soll rückwirkende
Geltung vom 1. Jänner 1926 haben; mit ihrer
Durchführung wird das Eisenbahnministerium be-
auftragt.

Gemeinsamer Gewerkschafts- kongress in Prag.

Für die Verbesserung der Sozialversicherung.

Mittwoch, den 9. März, fand in Prag eine
Beratung der sozialistischen Gewerkschaftszentra-
len der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereini-

gung mit der Reichsberger Zentralgewerkschafts-
kommission und der tschechischen Arbeiterge-
meinde statt. Es wurde beschlossen, einen gemein-
samen gesamtstaatlichen Manifestationskongress für die Verbesserung der So-
zialversicherung auf den 2. April nach Prag
einzuberufen.

die Christlichsozialen zur rohen Gewalt, um
unsere Genossen einzuschüchtern, was ihnen
freilich nicht gelang. Eines Tages bildete die
„Arbeiter-Zeitung“ ein ungewöhnlich langes,
dolchartiges Messer ab, das man einem chris-
tlichsozialen Agitator abgenommen hatte. In
dem Maße, als der Wahltag heranrückte, stieg
die Siegeszuversicht unserer Genossen. Am
9. März wählte Wien — ich weiß nicht genau,
ob auch Böhmen am gleichen Tag, aber groß
kann der Zeitunterschied nicht gewesen sein. In
Wien brachte uns der Tag eine ganz uner-
wartete und darum fast niedererschütternde
Niederlage: in allen fünf Kreisen waren die
Christlichsozialen gewählt: Ein Herrmann
Bielohlavka, der Leo Tolstoj einen „alten
Lepp'n“ nannte, hatte über den so erprobten
Arbeiterführer Jakob Neumann, ein bis-
dahin ganz unbekanntes und zeitweilen be-
deutungsloses Julius Prochazka über den
Einiger des Proletariats, über Viktor
Abler, ein sozusagen namenloser Witter-
mayer über den populärsten Wiener Volks-
redner und Volksjournalisten Franz Schum-
mayer gestimmt. Im Viertel untern Wienerwahl-
fiel der alte Abgeordnete von Wiener-Neustadt,
der nun offizielle sozialdemokratische Kandidat

Engelbert Fernerstorfer, gegen einen
Christlichsozialen namens Wedral durch, der
im Parlament nie gesprochen hat, während Fer-
nerstorfer ein Redner von nicht zu schildernder
Kraft gewesen ist.

Brachten wir auch in Niederösterreich nicht
einen einzigen Genossen durch — in den west-
licheren Alpenländern erst recht nicht — so ge-
lang es doch, unseren Grazer Genossen Hans
Resel durchzubringen. Aber der stärkste Trost
kam der Partei aus Böhmen und Mäh-
ren. Zwar war Gen. Dödic in Prag gegen
den Handschuhmacher Brzeznojky, einen
nationalistisch-antisemitischen Agitator, unter-
legen, so brachte doch Nordböhmen eine Reihe
herrlicher Siege: In Madno-Sassan war Jo-
sef Steiner gewählt, in Bilfen Karl
Bratny, in Eger-Karlsbad Dr. Leo Ver-
kauf, in Teplitz-Saaz Eduard Zeller,
in Lußitz-Karlsb. Josef Schrammel, in
Bodenbach-Tetschen Eduard Kieger, in
Reichenberg-Warndorf-Rumburg Joseph
Sannich, in Gablonz-Trautenau-Landskron
Wilhelm Kiejewetter. Und aus Mäh-
ren kamen Ernst Berner für Prosnitz,
Josef Hylbesch für Brünn, Peter
Cingr aus dem Bergwerksbezirk Ostau-Kar-

Sinkende Förderung im Ostauer Revier.

Währ., Ostau, 9. März. Die Kohlenförderung
im Ostau-Karwiner Revier ist im Februar infolge
schlechter Kohlenabfahes wiederum beträchtlich
gesunken und beträgt 770.442 Tonnen gegen-
über 932.259 Tonnen im Jänner. Auch die
Koksferzeugung ist zurückgegangen,
und zwar von 191.602 auf 176.168 Tonnen. Die
Bricketterzeugung ist von 9510 auf 12.300
Tonnen gestiegen. Die Kohlenvorräte sind
von 110.507 Tonnen auf 102.064 Tonnen und
die Koks-vorräte von 131.022 auf 110.507 Tonnen
gesunken. Ende Februar wies die Zahl der großen
Arbeiter eine Abnahme um 2.43 Prozent
auf 40.647 auf. In den Koksereien stieg die Zahl
der Arbeiter um 0.26 Prozent auf 4.206.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und China.

Amsterdam, 8. März. Die zur Zeit hier wei-
lenden Vertreter des chinesischen Gewerkschafts-
kongresses Chanfuen und der bewährteste
Vertreter des Exekutivkomitees der Kuomintang,
Lian-Hausing haben beim Vorstand des In-
ternationalen Gewerkschaftsbundes angeregt, daß
dieser eine Sympathieaktion der euro-
päischen Gewerkschaftsverbände zu-
gunsten Chinas veranlassen möge. Zugleich haben
sie den Internationalen Gewerkschaftsbund ein-
geladen, eine Abordnung zum Stu-
dium der Organisation der chinesi-
schen Gewerkschaftsbewegung und zur
Vornahme einer Untersuchung über die
letzten Vorgänge in Shanghai nach China
zu entsenden. Der Vorstand des Internationalen
Gewerkschaftsbundes wird sich in seiner nächsten
für Ende März einberufenen Sitzung mit dieser
Anregung beschäftigen. Die beiden chinesischen
Bevollmächtigten beabsichtigen, in verschiedenen
europäischen Ländern gewerkschaftliche Beziehun-
gen anzuknüpfen und Ende März nach China zu-
rückzukehren.

Die Ministerkonferenz in Genf.

Genf, 9. März (Eigenbericht). Um 5 Uhr
nachmittags ist der polnische Außenminister Ja-
leski im Hotel Metropole eingetroffen und
wurde zu Außenminister Stresemann ge-
führt. Um sechs Uhr nachmittags erschien
Briand im Hotel Metropole, der nach der Un-
terredung mit Stresemann mit dem
englischen Außenminister Chamberlain kon-
ferieren wird. Damit sind die politischen Ver-
handlungen in Genf in eine sachliche Phase ein-
getreten. Ueber die deutsch-polnische Un-
terredung wurde ein Communiqué ausge-
geben, wonach beide Außenminister ihren Ab-
sichtlichen Vorschläge unterbreiten werden, von de-
nen sie eine Behebung der gegenwärtigen Schwie-
rigkeiten erhoffen.

win. Und selbst Galizien schickte zwei Sozialis-
ten nach Wien: Krakau den bald so ungemein
populären Ignaz Daszynski und Lem-
berg den Maler Koszalkiewicz.

Diese 14 Mann bildeten nun den „Sozial-
demokratischen Verband“, dessen Einfluß und
Gewicht ganz unverhältnismäßig über seine
Zahlenstärke hinausging. Die Immunität der
Abgeordneten war ein ebenso guter Schutz ihrer
Agitation, wie die Interpellationen das Mittel,
um konservative Zeitungsatikel nun erst recht
abzudrucken, da sie — als Bestandteil einer im
Parlament eingebrachten Interpellation —
gegen den Zensurbazillus immunisiert waren.
Die 14 Mann haben ungemein viel zur Auf-
rüttelung des Proletariats und zu seinem
Schutz gegen Polizeiwillkür und Gerichtsmiß-
brauch geleistet.

Von den Vierzehn sind schon manche tot;
zwei von ihnen sind auch heute noch sozialdemo-
kratische Abgeordnete: Eduard Kieger,
der alte Nordböhme, im Nationalrat der Re-
publik Deutschösterreich — und Ignaz Da-
szynski, der Vizepräsident im Sejm der Re-
publik Polen ist. Beiden sei von dieser Gedäch-
tnisfeier ein herzlicher Gruß zugerufen!

Inland.

15. März — Parlamentsbeginn.

Die Bauförderung als erster Punkt der Tagesordnung.

Prag, 9. März. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der die Dispositionen für die kommende Parlamentsession getroffen wurden. Der Kammerpräsident Malypetr teilte zunächst mit, daß durch ein Handschreiben des Präsidenten die Herbsttagung des Hauses mit dem heutigen Tage für beendet erklärt und gleichzeitig die Frühjahrsession eröffnet wird.

Das Präsidium beschloß hierauf, die erste Sitzung des Plenums in der neuen Session für Dienstag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, anzuberaumen. Auf der Tagesordnung steht die Regelungsvorlage über die Bauförderung, drei weitere Lesungen von Handelsverträgen und sechs Immunitätsfälle. Außerdem wird über eine ganze Reihe von dringenden Interpellationen abgestimmt werden.

Vor der Plenarsitzung tritt eine Klubobmannkonferenz zusammen, in welcher der Kammerpräsident Mitteilungen über den Arbeitsplan des Hauses machen wird. Die Bauförderungsvorlage soll schon in einer zweiten Sitzung, die für Mittwoch, den 16., angesetzt ist, erledigt werden.

Dann tritt voraussichtlich eine einwöchige Pause ein, nach der die nächste Plenarsitzung am 22. März stattfinden soll. Dieser Sitzung werden fünf militärische Vorlagen zur Erledigung vorliegen, und zwar die Vorlagen über die Dienstzeitverlängerung, den Friedenspräsenzstand, die Aberkennung des Soldatenwahlrechtes, die Versorgung der längerdienenden Unteroffiziere und schließlich über eine militärische Disziplinarordnung. Ueber alle diese Vorlagen soll die Debatte gemeinsam abgeführt werden.

Auch der Senat wird am 15. März die Frühjahrsession beginnen.

Zum Reinigen haben sie immer noch Zeit — meint der Herr Hodina.

Mit der Verschlechterung der Sozialversicherung ist es dagegen sehr dringend.

Die Agrarier haben vor ein paar Tagen einen Beruhigungsversuch gegen ihre Wähler unternommen. Sie erklärten, daß sie mit der Verwaltungsreform noch nicht einverstanden seien, sondern gewisse Fragen besprechen müßten. Nur keine verfrühte Sorge, daß damit die Anabellisten zur Demokratie zurückkehren. In dem Punkte haben sie es keineswegs eilig und auf dem Kreisparteitag des Bauernbundes in Saaz (also in der Gegend, so das historische Wort vom Anabellisten geprägt wurde) hat der Herr Abgeordnete Hodina in seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß man zwar über die Verwaltungsreform noch reden werde, an eine Abgabe aber denke man gar nicht.

„Zum Reinigen haben wir immer noch Zeit“ meint der geduldige Hodina. Nicht so langmütig sind sie aber mit der Sozialversicherung. Die „Landpost“ berichtet über die Ausführungen des Hodina:

„Hier sei der Kaiserschnitt noch nicht getan, da die erforderliche Mehrheit nicht sicher sei und leicht ein Rückschlag auf die Regierung eintreten könne, der aber unbedingt verhütet werden müsse.“

Da kann man ja auf einen feinen Wechselbalg gefaßt sein, den diese Geburt mit Kaiserschnitt ans Licht der Welt befördern soll. Daß ein „Rückschlag auf die Regierung“ mindestens bei den nächsten

Wahlen eintritt, kann der Hodina ruhig unserer Sorge überlassen. Jedenfalls ist er siegesgewiß:

„Es wird auch in diesem Falle das zu erreichen sein, was wir verlangen, wie es auch auf dem Gebiete der Bodenreform, des Schulwesens und der Beamtenfrage besser geworden sei.“

Da ist er wieder überbescheiden!

Ueber die Sozialversicherung ist der Inspektor Stöhr ganz der Ansicht Hodinas, da tut Eile not. Nur die „große Novelle“ läme überhaupt in Betracht und die müsse „ohne Zeitverlust“ beschlossen werden,

„da die augenblicklichen traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Besserung der Lage Platz machen könnten.“

Keine Angst! Da mühte erst diese Regierung verschwinden.

— was die Linksparteien einer späteren Forderung gegenüber auf Beseitigung der Härten und Mängel im Geseze veranlassen könnte, darauf hinzuweisen, daß das Gesez in der Zeit der Krise ertragen werden konnte und daher unter besserer Verhältnissen keine übermäßigen Leistungen fordere.“

Das ist ungemein lehrreich. Die Agrarier bangen also vor den besseren Zeiten, weil ihnen dann niemand mehr die schreckliche Not der Großbauern glauben könnte! Die Agrarier ertragen zwar ganz gut die Lasten der Sozialversicherung, aber sie möchten sie doch beseitigt wissen, ehe es so gut wird, daß sich der gesunde Menschenverstand Aller gegen ihre Argumente auflehnen müßte. Wir werden uns dieses offene Geständnis gut merken und zur rechten Zeit den Arbeitern auf dem Lande, den kleinen Selbständigen und den Dienstmädchen zeigen, mit welchem Jesuitismus man gegen ihr Recht auf ein gesichertes Alter und auf Krankenfürsorge zu Felde zog.

„Vertrauen Sie nicht zu sehr auf Bergeblöcklichkeit und Gutmütigkeit der Wähler!“

Offener Brief eines Christlichsozialen an seinen Parteifreund.

In der Troppauer „Deutschen Post“ richtet der in Schlesien ziemlich bekannte christlichsoziale Parteigänger Dr. Josef Morz einen offenen Brief an den Abgeordneten Luschka als Vorsitzenden des parlamentarischen Klubs der Christlichsozialen. Dr. Morz zitiert Stellen aus dem christlichsozialen Parteiprogramm und aus dem Wahlaufsatz der Partei, die im Widerspruch mit der Politik der Christlichsozialen stehen und schreibt:

„So diese überaus schönen Wahlprogramme! Wie aber sieht es in der Wirklichkeit aus?“

Wie verhält sich die Partei, d. h. hier die von den vertrauensvollen Wählern entsandten Parlamentarier zur Militärvorlage, die die 18 monatliche Dienstzeit mit wenigen bezweifelhaften Ausnahmen weiterbestehen läßt, wie verhält sie sich früher zu den riesigen, gleich auf 11 Jahre bewilligten Militär-Rüstungskrediten?

Und wie nun zur famosen Verwaltungsreformvorlage? Zu diesem ungeheuerlichen Angriff auf die Freiheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Gemeinden, die alle der Willkür der Beamtenherrschaft überantwortet werden! —

Auf Grund von Programm und Wahlaufsatz ist die deutsche christlichsoziale Partei in ihrer Gesamtheit verpflichtet, gegen diese Vorlage mit den schärfsten Mitteln vor-

zugehen. Der von der gesamten Partei erlassene Wahlaufsatz bindet die gesamte Partei!

Und Sie als Obmann des Klubs der deutschen christlichsozialen Abgeordneten und Senatoren haben diese Verpflichtungen einzulösen, sollen Sie nicht als bloße Wahlschlager, als Räuber für die lieben Wähler gewertet werden!

So etwas dürfte sich am allerwenigsten die christlichsoziale Partei leisten, die mit ihrer Grundlage, der christlichen Weltanschauung, steht und fällt. Da gibt es keine „Taktik“, keine Halbheit. Entweder — oder! —

Vertrauen Sie nicht zu sehr auf Bergeblöcklichkeit und Gutmütigkeit der Wähler! Einmal hat sich diese durch den Zerfall mit dem Versprechen eines deutschen parlamentarischen Verbandes gewinnen lassen, aber diese — nach Ihren eigenen Worten vom 7. März 1926 — „auf Grund unseres herrlichen Programmes und Wahlaufsatzes errungenen Erfolge vom 15. November 1925 müssen durch treue Erfüllung jener erhalten werden oder sie zerrinnen in nichts.“

Um der Partei, wenn schon nicht um der Sache willen: auf gegen die Verwaltungsreform auch um den Preis des „Anteils an der Macht!“

Das ist wahrhaftig deutlich genug und so wenig der Wähler zu bedauern ist, der sich von einer Partei übers Ohr hauen ließ, die ihm schon früher zur Genüge bewiesen hatte, daß sie weder christlich noch sozial ist, so sehr ist es zu begrüßen, daß die Disziplinen in verschiedenen Fällen den Mut aufbringen, ihrer Empörung offenen Ausdruck zu geben. Wir sind nicht der Meinung, daß moralische Vorhaltungen bei den Anabellisten von besonderer Wirkung sind und daß auch die frommen Wünsche der Wähler keinen großen Erfolg haben dürften, werden sie aber so entschieden ausgesprochen wie hier, so kann vielleicht die Furcht die maßgebenden Faktoren zu einer Aenderung ihrer Haltung bewegen. Wirksam und durchgreifend wäre aber die Ankündigung des Austritts aus einer Partei, von der man sich mit Recht in mehr als einem Falle genaschürt glaubt. Wir werden uns alle Mühe geben um die rebellierenden aktivistischen Wähler zu dieser Erkenntnis zu bringen.

Die Versorgung der längerdienenden Unteroffiziere wurde gestern im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses in Anwesenheit des Ministers Udrzal verhandelt. Udrzal versicherte die Slowaken, daß in der Slowakei sichtlich in erster Linie bei der Auswahl der längerdienenden Unteroffiziere Slowaken berücksichtigt werden. Zämtliche Abänderungsanträge der Opposition wurden abgelehnt; angenommen wurde eine nationaldemokratische Resolution, daß die Regierung schon jetzt bei der Systemisierung der Beamtenstellen in der vierten Dienstklasse auf die künftige Anbringung der längerdienenden Unteroffiziere Rücksicht nehme.

Eine aufgelöste Stransty-Versammlung. Für gestern abend hatte die „Nationale Arbeitspartei“ (Stransty) in das Weinberger Nationalhaus eine Versammlung einberufen. Als Dr. Stransty zu sprechen begann, begannen die in größerer Zahl erschienenen Faschisten einen fürchterlichen Kravall, den sie mit Stein, Bomben und Feuerwerkskörpern unternahm. Die Polizei griff ein und Dr. Stransty konnte nicht sprechen. Nach ihm kamen die Faschisten Jaskóra und Dr. Karlik zu Wort. Beim Schlußwort Stranstys begannen die Faschisten neuerdings zu randalieren, bis schließlich die Versammlung vom Regierungskommissär aufgelöst wurde.

Der Kampf um die Bergarbeiterversicherung.

Freitag, den 11. März, tritt in Prag eine Reichskonferenz der Bergarbeiter zusammen, welche sich mit einer Lebensfrage des Grubenproletariats, nämlich mit der Reform der Bruderlade n, befassen wird. Die Regelung dieser Frage ist von entscheidender Bedeutung für die Pensionisten unter den Bergarbeitern, ihrer Witwen und Waisen, aber auch für die aktiven Bergarbeiter.

Die Bruderladen der Bergarbeiter sind Jahrhunderte alte Einrichtungen. Schon in früheren Jahrhunderten wurden den Bergleuten von Einrichtungen, die sich bei den Gruben befanden, Unterstüßungen im Falle der Krankheit, der Invalidität, sowie Witwen- und Waisenunterstützungen gewährt. Das allgemeine Berggesez aus dem Jahre 1854 verpflichtet geradezu jeden Bergbauunternehmer, bei seinem Unternehmen eine Bruderlade zu errichten. Mit dem Gesez aus dem Jahre 1889 wurden dann diese Bruderladen reformiert.

Der Krieg und die in seinem Gefolge eingetretenen Geldverhältnisse haben nun die Renten der invalid gewordenen Bergarbeiter und ihrer Witwen und Waisen entwertet. Infolgedessen wurden durch die Geseze von 1919 und 1921 außerordentliche Teuerungszulagen zu den statistischen Renten eingeführt, welche jedoch durch reine Umlagen bedeckt wurden. Ein solcher Notbehelf konnte nicht von langer Dauer sein und deshalb wurde zur Regelung durch das Gesez von 1922 geschritten, in welchem die selbständige Versicherung der Bergarbeiter aufrecht erhalten, die Alters- und Invaliditätsversicherung zentralisiert wurde und vor allem die besonderen Rechte der Bergarbeiter gewahrt wurden. Diese Rechte bestehen darin, daß der Rentenanspruch bereits bei Berufsunfähigkeit (und nicht Arbeitsunfähigkeit) eintritt, das heißt, wenn der Bergarbeiter im Bergbau nicht mehr tätig sein kann. Der Anspruch auf Witwenrente ist ferner ein unbedingter, auch wenn die Witwe nicht invalid ist; der Anspruch auf Altersrente ist bei einem niedrigeren Lebensalter als in der allgemeinen Sozialversicherung gegeben und nicht an die Bedingung geknüpft, daß der Rentner keine Lohnarbeit leistet. Dadurch wurde jedoch die Versicherung der Bergarbeiter durchaus nicht auf feste Grundlagen gestellt. Sie ist vielmehr durch die Entwertung des Vermögens der früheren Berufsbruderlader sowie durch die Notwendigkeit, die Renten und Anwartschaften der aktiven Mitglieder dem gesunkenen Wert des Geldes anzupassen und durch die Massenpensionierung zur Folge hatten, in eine schwere Krise geraten. Die Valorisierung der Renten und Anwartschaften kann durch die laufenden Beiträge nicht gedeckt werden und so liegt die Zukunft der Bergarbeiterversicherung vollkommen im Unge wissen.

Deshalb ist es notwendig, daß ungejäumt an die Reform der Bergarbeiterversicherung geschritten wird. Staat und Unternehmer müssen dafür Opfer bringen, denn es wäre unerhört, wenn man den Bergarbeitern ihre bisherigen Rechte nehmen würde und die alten Grubenproletarier, ihre Witwen und Waisen hungern ließe, wenn man diejenigen, welche in den Gruben Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben, vollständig dem Glend überantworten würde.

Falls die Regierung die Ansicht hat, die Bergarbeiterversicherung zu verschlechtern, falls sie durch deren Eingliederung in die allgemeine Sozialversicherung die besonderen Rechte, die den Bergarbeitern auf Grund ihres gefährlichen Berufes gebühren, beseitigen wollte, wird sie auf den entschlossenen Widerstand der gesamten Bergarbeiterchaft stoßen.

Die grinsende Frage.

Roman von Victor Hugo.

2 Aus dem Französischen übersezt von Eva Schumann.

Im Fall einer Meinungsverschiedenheit beraten die beiden Kammern im gemalten Saal; dabei sitzen die Lords und Meiben bedeckt, die Gemeinen stehen entblößten Hauptes.

Nach einem Gesez Edwards VI. haben die Lords das Vorrecht des einfachen Totschlags. Ein Lord, der einen Menschen einfach tötet, wird nicht verfolgt.

Alle Richter stehen unter den Pairs.

Ein Lord kann nicht in Haft behalten werden, außer im Tower von London.

Ein Lord darf acht Tonnen Wein haben, ohne Abgaben zu zahlen.

Ein Lord ist als einziger befreit von der Pflicht, vorm Sheriff des Gerichtsbezirkes zu erscheinen.

Ein Lord darf nicht gefoltert werden, selbst nicht wegen Hochverrats.

Ein Lord darf nicht an der Hand gebrandmarkt werden.

Einem Bürgerlichen, der einen Lord schlägt, wird die Hand abgehauen.

Der Lord ist beinahe König.

Der König ist beinahe Gott.

Die Erde ist eine Lordschaft.

Die Engländer reden Gott mit „Mylord“ an.“

Gegenüber dieser Inschrift stand eine zweite, in derselben Art geschrieben:

„Bemühtung, die denen genügen muß, die nichts haben.“

Henry Auverquerque, Graf von Grantham, der im Oberhaus zwischen dem Grafen von Jersey und dem Grafen von Greenwich sitzt, hat ein Einkommen von hunderttausend Pfund Sterling.

Zu seiner Herrschaft gehört das Schloß Grantham-Terrace, vollständig aus Marmor erbaut, berühmt durch das sogenannte Labyrinth der Korridore, das eine befondere Kuriosität ist; da gibt es den rosenroten Korridor aus Marmor von Saracolin, den braunen Korridor aus Astrachaner Muschelmarmor, den weißen Korridor aus Marmor von Vau, den schwarzen Korridor aus Marmor von Alabanda, den grauen Korridor aus Marmor von Staranna, den gelben Korridor aus bestischem Marmor, den grünen Korridor aus Tiroler Marmor, den roten Korridor aus braun und rot geflecktem böhmischen Marmor, den blauen Korridor aus Gemüser Türkis, den violetten Korridor aus talonischem Granit, den Trauerkorridor, schwarz und weiß geädert, aus Schiefer von Murviedo, den roten Korridor aus alpinem Cipolinmarmor, den perlschwarzen Korridor aus Muschelmarmor von Nonette, den bunten, sogenannten Kavaliorkorridor aus buntschöner Breccie.

Robert Derey, Graf von Holderneß, hat seine Herrschaft Holderneß, mit unendlichen Gartenanlagen im französischen Geschmac, wo er sechs-spännig spazieren fährt, wie es einem Pair von England zukommt.

Charles Seymour, Herzog von Somerset, besitzt Somerset-House an der Themse, das der Villa Pamphili in Rom gleicht. Auf dem großen Saal bemerkt man zwei Porzellanvasen aus der Juan-Dynastie, die eine halbe Million wert sind.

Im Pfarrspiel von Seven-Tals hat Charles Sackville, Baron Buckhurst, Viconte Cranfield, Graf von Dorset und Middlesex, das Vestium Knowle, das so groß ist wie eine Stadt und aus drei Schlössern besteht, die parallel hintereinander stehen wie Infanterielinien, mit zehn Treppengiebeln an den Hauptfassaden und einem von vier Türmen getränkten Portal.

Henry Bonnard, Graf von Suffolk, hat zwölf Meilen von London das Schloß Andlyene in

Middlesex, das an Größe und Majestät dem Eskurial des spanischen Königs kaum nachsteht.

William Cavendish, Herzog von Devonshire, hat sechs Schlösser, darunter Chatsworth, das im schönsten griechischen Stil mit zwei Stodwerken erbaut ist; außerdem besitzt seine Hofheit ein Palais in London, wo es einen Löwen gibt, der dem königlichen Schloß den Rücken lehrt.

Der Herzog von Beaufort besitzt Cheffea, wo es zwei gotische und ein florentinisches Schloß gibt; weiter hat er Badmington in Gloucester, ein Wohnschloß, wo eine Mergel von Alleen wie ein Stern ausstrahlen. Der hochbede und hochvermögende Fürst Henry, Herzog von Beaufort, ist zu gleicher Zeit Marquis und Graf von Worcester, Baron Roglan, Baron Power und Baron Herbert von Chepston.

Lord Linnoeus Clancharlie, Baron Clancharlie und Gunterville, Marquis von Corleone in Sizilien, Pair von England, sitzt auf Schloß Clancharlie, das vom alten angelsächsischen König Eduard III gegen die Dänen erbaut worden ist; dann gehört ihm Schloß Gunterville-House in London, dann Corleone-Lodge, ein Schloß in Windsor, und acht Kastellaneien, davon eine in Bruxton am Trent, mit dem Ausbesserungsrecht an den Maaftersteinbrüchen, dann Gumbraith, Horable, Moriambe, Tremwardraith, Felt-Sterters, wo sich ein wunderbarer Brunnen befindet, Billimore mit seinen Turmuoren, Reculver bei der alten Stadt Wagniacoe, Binconton auf dem Berg Moil-en-ill; weiterhin neunzehn Marksteden und Dörfer mit Schulhäusern, und die ganze Gegend von Penkneth Chase, und alles zusammen trägt seiner Herrlichkeit eine Rente von vierzigtausend Pfund Sterling ein.

Die hundertzwanzigregierenden Pairs unter Jacob II. besitzen zusammen ein Einkommen von zwölfhundertzwanzigtausend Pfund Sterling jährlich, das ist der erste Teil vom Gesamteinkommen Englands.“

Neben dem letzten Namen, Lord Linnoeus Clancharlie, stand von Urfus' Hand geschrieben: — Rebell; im Exil; Güter, Schlösser und Besitztümer sequestriert. Das ist wohlgetan. —

Urfus bewunderte Homo. Man bewundert, was einem nahe ist. Das ist ein Gesez.

Immer voll verhaltener Wut sein, das war das innere Wesen Urfus', und Brummen und Murren war sein äußeres Wesen. Urfus war unzufrieden mit der Schöpfung. Er war immer in Opposition. Er nahm das Leben von der schlechten Seite. Er billigte niemanden und nichts. Wahrscheinlich kritisierte Urfus, wenn er allein war, den lieben Gott recht häufig. Er billigte kaum jemanden außer den Fürsten, und er hatte seine eigene Manier, ihnen Beifall zu spenden. Eines Tages hatte Jakob II. der Mutter Gottes in einer irischen Kapelle eine Lampe aus massivem Gold geschenkt, Urfus, der mit dem gleichgültigeren Homo daran vorbeiging, brach vor versammeltem Volk in laute Bewunderung aus und rief: „Gewiß braucht die heilige Jungfrau viel nötiger eine goldene Lampe als diese barfüßigen Kinder hier Schuhe brauchen.“

Solche Proben seiner „Königstreue“ und seine offenkundige Achtung vor den herrschenden Mächten trugen gewiß nicht wenig dazu bei, daß die Beamten sein Bagabundenfascin und seine Mesalliance mit einem Wolf duldeten. Manchnal, am Abend, ließ er aus Freundschaft und Schwäche Homo ein wenig die Glieder dehnen und ihn frei um die Hütte herumtreiben; der Wolf war nicht imstande, dieses Vertrauen zu mißbrauchen, und betrug sich „in Gesellschaft“, das heißt unter Menschen, sanft wie ein Pudel.

(Fortsetzung folgt.)

Wer sind die wahren Gegner der Einheitsfront?

Ein Briefwechsel zwischen der Union der Textilarbeiter und der kommunistischen Sektion der Textilarbeiter.

Die Kommunisten geben sich überall den Anschein, als ob sie, welche die Einheitsfront der Arbeiter gespalten und dadurch die Aufrechterhaltung der nach dem Umsturz vom Erdboden verschwundenen goldenen Duganationen möglich gemacht haben, die wahren Verfechter der Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiter wären. In Wirklichkeit rufen sie zwar nach der Einheitsfront, wenn sie aber hergestellt werden soll, kneifen sie aus. Den schlüssigen Beweis hierfür liefert ihr Verhalten in dem schweren Kampfe, den gegenwärtig die Textilarbeiter Nordböhmens führen.

Die kommunistische Sektion der Textilarbeiter richtete an die freigewerkschaftliche Union am 21. Februar ein Schreiben, worin sie eine gemeinsame Beratung der maßgebenden Textilarbeiterorganisationen vorschlug. Daraufhin erklärte die Union in ihrem Antwortschreiben vom 23. Februar, daß ein gemeinsames Vorgehen unter bestimmten Bedingungen möglich sei. Es werden deshalb an die Sektion die folgenden Fragen gestellt:

1. Sind die berechtigten Vertreter der Sektion der Textilarbeiter bereit, sich schriftlich zu verpflichten, daß die gemeinsame Zusammenarbeit frei von jedem politischen Parteinfluß und in ehrlicher, aufrichtiger und kollektiver Weise mit den Vertretern der Union der Textilarbeiter geführt wird?

2. Sind die berechtigten Vertreter der Sektion der Textilarbeiter bereit, sich schriftlich zu verpflichten, daß sie jeden Angriff in der Presse in Sitzungen und Konferenzen, Versammlungen und überall gegen die Union der Textilarbeiter, deren Vertrauensleute und Mitglieder unterstützen, und zwar nicht nur während der Zeit von Angriffs- und Abwehrbewegungen, sondern auch nach Abschluß dieser Bewegungen?

3. Sind die berechtigten Vertreter der Sektion der Textilarbeiter bereit, sich schriftlich zu verpflichten, überall dort, wo in den Betrieben die Mitglieder der Union der Textilarbeiter zur Zahl der Mehrheit sind, sich den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen und dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der Mehrheit von der Sektion anerkannt und befolgt werden?

Auf diese für einen gemeinsamen Kampf selbstverständlichen Vorbedingungen — ehrliche Zusammenarbeit, Unterlassung jedes Angriffes, Unterordnung aller Organisationen unter den Willen der Mehrheit der Arbeiter — sind aber die Kommunisten nicht eingegangen! Sie haben mit Brief vom 24. Februar die Art des gemeinsamen Kampfes abgelehnt. Aus der langen Begründung der

Ablehnung der Einheitsfront
führen wir nachstehenden Satz an:
Sie fordern im Punkt 3 von uns die schriftliche Verpflichtung, daß wir uns den Mehrheitsbeschlüssen der Betriebsbelegschaften

Ein Brief aus der italienischen Deportiertenhöhle.

Von der Insel Lampedusa ist in Mailand ein Brief eingetroffen, den wir ohne Kommentar wiedergeben:

Auf der Insel Lampedusa, deren griechischer Name „Insel des Schmerzes“ bedeutet, sind wir ungefähr 350 Verbannte, Zehner- und Zwanziger und politische Verbrecher. Die politischen Verbannten sind an Zahl 120 und gehören allen Oppositionsparteien an, unter ihnen sind zwei abstrünge Fasisten. Unter uns befinden sich auch zwei Abgeordnete, der Republikaner Moera und der Kommunist Picelli. Wir schlafen alle in einem einzigen Raum auf strohbedeckten Bänken, man kann sagen, einer auf dem andern. Um halb 5 Uhr nachmittags werden wir hineingerufen und um 6 Uhr, nach dem Appell, eingekerkert. Morgens um 7 Uhr werden wir wieder herausgelassen und es steht uns frei, uns auf der ganzen Insel zu ergehen, wobei wir uns aber nicht mehr als zweihundert Meter von unserem Schlafrum entfernen dürfen. Wer einen Schritt nur darüber hinauswagt — eine sichtbare Grenze ist jedoch nicht gezogen —, kommt auf fünf Tage in Zellenhaft. Die Überwachung liegt in den Händen der faschistischen Miliz. Der sie kommandierende Leutnant läßt folgende Ansprache hören: „Ihr seid hier als unsere Geiseln! Ihr seid das Brot für unsere Zähne! Man muß der Madonna eine Wachskerze stiften, wenn ein neues Attentat auf den Duce geschieht, denn dann werdet ihr alle niedergemalt! Man denke, es gehören nur einige Bomben dazu, um euch allen den Garau zu machen! Je mehr wir euch prügeln, desto mehr Anerkennung erhalten wir! Ich werde euch noch Eisenstangen spüren und die Dolche meiner Mannschaften schmecken lassen!“ Vor einer Woche etwa waren wir das Opfer einer Probekolonie, die die üblichsten Folgen hätte haben können. Eines dunklen Abends stürmten plötzlich Miliz und Carabinieri mit aufgeschlagenem Bajonett unseren Schlafsaal. Verschiedene von uns wurden angerepelt und verwundet, ungefähr zwanzig wurden auf zwanzig Tage in Zellenhaft gebracht. Einige von uns wurden auf sechs Monate in Einzelhaft nach Civitavecchia überführt. Und alles das aus irgendwelchem unverständlichen Grunde.

Dieser Brief ist auf ganz außergewöhnlichem Wege nach Mailand gelangt, da die Zensur strenger denn je gehandhabt wird.

fügen und dieselben als entscheidend und bindend für unsere Haltung gegenüber der gesamten an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiterschaft anerkennen. Obgleich auch Sie sich zu demselben Vorgehen verpflichten wollen, können wir nicht umhin, auf die Unmöglichkeit eines solchen Taktik zu verweisen, die, wenn wir den Sinn Ihrer Forderung richtig verstanden haben, dahin führen müßte, daß die Beteiligung an allen Aktionen, ganz gleich, ob dieselben den Angriff oder die Abwehr betreffen, den einzelnen Betrieben überlassen bleiben müßte.

Wie ist denn ein gemeinsamer Kampf mehrerer Organisationen anders möglich, als daß die Mehrheit der Arbeiter entscheidet? Gibt es denn eine andere Art gewerkschaftliche Kämpfe zu führen, als daß die Arbeiter über Ziel und Taktik einer Lohnbewegung das letzte Wort haben? Soll vielleicht Stalin in Moskau entscheiden, was für die Reichsberger Textilarbeiter gut und nützlich ist? Die Antwort der Kommunisten zeigt nichts anderes, als daß — so wie es im Krieges war — diejenigen, die nach der Einheitsfront am meisten rufen, wenn es zum Ausrücken kommt, auskniffen und lieber in der Gruppe — hinter der Front — kämpfen.

Der Union der Textilarbeiter blieb also nichts anderes übrig, als nach der Ablehnung der Einheitsfront die Schuld der Kommunisten festzustellen. Sie schrieb in einem Antwortbrief vom 25. Februar:

Die Union der Textilarbeiter hat bei ihrem Angebot nicht nur das Lebensinteresse der 60.000 im Kampfe stehenden Textilarbeiter im Auge, sondern das Lebensinteresse der Textilarbeiter der gesamten Branche überhaupt. Die Union der Textilarbeiter betrachtet den ausgedehnten Bruderkampf seit der Spaltung, den die Union nicht gewollt hat, der aber mit Absicht und im Parteinteresse von der kommunistischen Partei in die Union hineingetragen wurde, als eine schwere Schädigung der Textilarbeiter und will, daß dieser unglückselige Zustand im Interesse der Arbeiterschaft wieder beseitigt wird. Es kann niemals an einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und in der Folge zu ihrer Wiedervereinigung kommen, wenn nicht im Vorhinein der ehrliche und aufrichtige Wille für die gemeinsame Arbeit vorhanden ist.

Die gesamte Arbeiterklasse der Tschechoslowakei weiß nun, daß die Kommunisten nach der Einheitsfront rufen, sie aber nicht wollen.

60.000 Textilarbeiter Nordböhmens stehen im Kampfe und die Kommunisten haben die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Unternehmer verhindert! Sie haben damit eine schwere Schuld auf sich genommen, wofür sie der Arbeiterschaft verantwortlich sind!

Der Prozeß gegen Landesgerichtsdirektor Jürgen.

Berlin, 9. März. (Eigenbericht.) Im Prozeß gegen den Landesgerichtsdirektor Jürgen und dessen Frau beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von insgesamt zwei Jahren und sechs Monaten und gegen die Frau eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der Oberstaatsanwalt hielt es für festgestellt, daß Jürgen zwei Meineide geleistet und zwei Versicherungsbeträge verübt habe. Die Behauptung, daß der Angeklagte aus politischen Gründen verfolgt werde, sei zurückzuweisen und es sei auch durch nichts erwiesen, daß der Einbruch in Starogard, durch den die Auszahlung der Versicherungssumme erzielt werden sollte, von Kommunisten ausgeführt worden sei.

Wegen Spionage verurteilt.

Paris, 9. März. Der ehemalige englische Kapitän Stranders, der am Ende des Vorjahres von den französischen Behörden verhaftet und der Spionage zugunsten Deutschlands angeklagt wurde, wurde heute zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe verurteilt. In der ausführlichen Urteilsbegründung heißt es u. a., daß Stranders von Dr. Weber, einem bedeutenden Faktor des deutschen Spionagedienstes, beauftragt war, in Frankreich Nachrichten über die Luftführung, die Flugmotoren und Tanks zu beschaffen. Nach der erhaltenen Entlohnung und dem ihm zuteilgewordenen Lob konnte man annehmen, daß Stranders seine Mission gut erfüllte. Stranders behauptete in der Verhandlung, daß die nach Deutschland gesandten Berichte rein geschäftlichen Charakter trugen.

Zum Tode verurteilt.

London, 9. März. (Sabas.) „Daily Express“ meldet aus Peking, Tschangschin habe angeordnet, daß alle russischen und chinesischen Kommunisten, welche auf dem Sowjetdampfer „Bamjat Lenina“ verhaftet worden waren, mit Ausnahme der ebenfalls verhafteten Frau Borodin, hingerichtet werden sollen. Die Sowjetbotschaft in Peking sollte an die chinesische Regierung eine Note, in welcher sie die sofortige Freilassung der verhafteten Kommunisten fordert.

Im Elektrizitäts-Großkraftwerk

Zu den Hauptaufgaben der Volkswirtschaft gehört die Versorgung der Gesamtbevölkerung mit elektrischer Energie. So jung auch erst verhältnismäßig die praktische Verwendung elektrischer Kraft ist, hat uns die nimmerrastende Technik bereits tausendfache Verwendungsmöglichkeiten erschlossen. Angesichts der geradezu wunderbar erscheinenden Erfindungen der neuesten Zeit (Radio und elektrisches Fernsehen) läßt sich gar nicht absehen, was die nahe und ferne Zukunft auf dem Gebiet des Elektrizismus noch weiter bringen wird.

Dazu kommt das, heute vor allem kapitalistischen Interessen dienende Bestreben, die Produktion zu zentralisieren und zu rationalisieren. Gerade die elektrische Energie fördert diese Tendenzen ungemein. Wie unständlich, zeitraubend und kostspielig ist doch der Transport der Kohlen auf weite Strecken in mehr oder weniger kleinen Betriebsstätten, ganz abgesehen davon, daß bei der an und für sich recht primitiv gebliebenen Verwendung der Kohle durch Verbrennung wertvolle Stoffe verloren gehen. Um wieviel einfacher ist doch die Verwendung elektrischer Energie! Da bedarf es keiner separaten Kraftanlage in Form einer Dampfmaschine samt Kesselhaus, keiner Zufuhrpfosten für Kohle — alles ist einfacher und rentabler.

Der Gedanke, große Kraftzentralen für die Gewinnung von elektrischer Energie in der Nähe von Kohlenwerken oder Wasserkraften zu errichten, war für das Profit suchende Kapital sehr nahelegend. So entstand auch in der C. S. R. eine Reihe von Großkraftwerken. Die kapitalistische Initiative entsprang. Nicht immer sind die gehobenen Erwartungen in bezug auf den kapitalistischen Gewinn erfüllt worden. Die in der Inflationszeit erbauten Werke und Elektrizitätsverbrauchsgenossenschaften sind zum Teil schwer notleidend geworden.

Die Regierung sucht auf die Elektrizitätswirtschaft Einfluß zu gewinnen, wobei nicht immer rein volkswirtschaftliche Interessen mitwirken. Von unserem Standpunkt aus, hätten insbesondere die Selbstverwaltungskörper die Aufgabe, die Versorgung ihrer Gebiete mit elektrischer Energie zu fördern, resp. in die Hand zu nehmen. Die Schaffung gemeinwirtschaftlicher Betriebe wird freilich durch die in der Gesehung jetzt herrschende hochkapitalistische Tendenz unmöglich gemacht. Auf dem Gebiete der Elektrizität werden sich demnach das Privatekapital und der Staatskapitalismus um die Preise teilen.

Angesichts der Bestrebungen, die Verwendung elektrischer Energie sozusagen zu popularisieren und zu erleichtern, (z. B. durch das Gesetz über die finanzielle Unterstützung des flachen Landes vom 24. Juli 1926), ist es wohl angebracht, einiges über Kraftzentralen mitzuteilen.

Eines der bekanntesten und größten ist das der Nordböhmischen Elektrizitätswirtschaftsgesellschaft, Bodenbach a. C. gehörige Großkraftwerk Zúrnitz bei Aussig. Dort ist der volkswirtschaftliche Gedanke verwirklicht, den Verbrauch mindervertiger Kohle dadurch rentabel zu gestalten, daß sie ohne erhebliche Zusatzkosten zur Erzeugung von elektrischer Energie verwendet werden. Das 1916 fertiggestellte, 1922 und 1925 erweiterte, modernst eingerichtete Großkraftwerk ist ein massiver, mächtig wirkender Bau, der beiderseits von 6 beinahe vierzig Meter hohen Schornsteinen flankiert wird. Dahinter befinden sich die großen Kühltürme. Sie bewirken, daß das verdampfte Wasser immer wieder neu verwendet werden kann. Vom nahen Elbsaferbacht, der gleichfalls Eigentum der Gesellschaft ist, führt eine auf hohen eisernen Trägern befindliche Seilbahn automatisch die frisch aus dem Bergwerk kommende Kohle in die Kraftzentrale, resp. das Kesselhaus. Ebenso automatisch wird die Kohle in die großen Bunker entleert.

Die Dimensionen des Kesselraumes sind ganz bedeutend. Die Länge beträgt rund 70, die Breite 40 Meter. Hier sind zehn riesige Wasserrohrkessel mit Dampfhammer, Heberhüter und Vorwärmer aufgestellt. Die Dampfspannung beträgt 60 Atmosphären Hochdruck. Die Feigase werden durch Ventilatoren in die Schornsteine abgezogen. Unter dem Kesselhaus ist der Aschenkeller gelegen, in den eine schmalspurige Nebenbahn führt. Die Asche wird durch eine einfache maschinelle Vorrichtung, welche die beweglichen Kofstäbe erfährt, in Bunde gelassen, die durch eine Benzolmaschine auf die Höhe hinaus transportiert werden. Direkt über den Kessel sind die Duhende Waggons Kohle fassenden Bunker mit selbsttätigen Wägevorrichtungen für je 200 t Kohle. Die meist klare Kohle gelangt ohne Zutun menschlicher Hände in die Feuerungsanlagen. Zur Überwachung des Betriebes dienen eine Wärmemessanlage und selbstregistrierende Dampfmeßer. Schon im Kesselraum fällt die äußerst geringe Zahl von beschäftigten Arbeitern auf. Im ganzen Großkraftwerk, das ununterbrochen in drei Schichten arbeitet, sind nur 80 Mann beschäftigt. Auch fällt angenehm die herrschende Sauberkeit auf. Im Vergleich zum Kesselhaus erscheint die gleichfalls geräumige Maschinenhalle leer und unvollständig.

Dies ist größte Kraftleistung auf dem kleinsten Raum zusammengedrückt. Die Maschinenhalle stellt mit ihren vier Turbinenaggregaten sozusagen die Seele des Betriebes dar. Hier sehen wir zwei Frischdampfmaschinen für eine Antriebsleistung von je 8000 PS., geliefert von den Firmen Escher, Wyh u. C. in Zürich und Bergmann-Elektrizitätswerke AG. in Berlin. Weiters sind zwei Aggregate von je 11.000 PS. vorhanden, geliefert von der Aktiengesellschaft vormals Hoda in Pilsen und

Räuber Lecian.

Tötet einen Wachtmeister, verwundet einen zweiten, entkommt verwundet.

Brünn, 9. März. Die „Moravské Noviny“ berichten aus Ungarisch-Gradiß: In der Nacht auf heute erschien im Bahnhofgebäude von Ungarisch-Gradiß der bekannte Räuber Lecian, wo er ein Automobil zur Fahrt nach Gylichi mietete. Er fuhr aber nach Ungarisch-Östra. Bei Kvačák begegnete er dem Gendarmeriewachtmeister Stuchlik aus Ungarisch-Östra, der dort Dienst tat. Lecian sprang zu ihm und schloß ihm zwei Revolverkugeln in die Brust, so daß der Wachtmeister auf der Stelle tot war. Lecian flüchtete hierauf nach Wesseln, wo er ein anderes Auto mietete und nach Pöfenz fuhr. Dort verschwand er im Walde. Es wurden sofort die Gendarmerie und das Militär des ganzen Bezirkes alarmiert, die sich in den Wald begaben, um nach dem Räuber zu fahnden. Später fuhr Lecian auf einem Fahrrad weiter, wobei er einen anderen Wachtmeister, der ihm in den Weg kam, angriff, ihm jedoch bloß durch einen Zufall verwundete. Lecian flüchtete zurück in die Gegend von Gradiß. Sämtliche Sicherheitsorgane von Gradiß und Umgebung wurden telephonisch verständigt. Lecian wich jedoch gegen Poltschowitz aus, wo er gegen drei Uhr nachts einer Gendarmeriepatrouille begegnete, die ihn aufforderte, abzuweichen und die Hände hoch zu heben. Er antwortete aber durch zwei Revolvergeschüsse. Die Wache schoß ebenfalls, und nach den blutigen Spuren auf der Straße zu schließen, wurde Lecian verwundet. Doch war seine Verwundung solcher Art, daß er in der Dunkelheit verschwinden konnte.

Der Erster Brünnener Maschinenfabrik. Die Turbogeneratoren sind durchwegs Erzeugnisse der Siemens-Schubert-Werke (Wien-Berlin) und haben eine Umdehnungszahl von 1500, bzw. 3000 in der Minute.

Das Turbinen- und Pumpen sowie die Wächter des Fußbodens lassen ahnen, welche riesige Kräfte hier entstehen. Das Ueberdruckwerk Turbinen verfügt insgesamt über eine Leistung von 26.000 Kilowatt, das sind je nach 60.000 Pferdestärken Antriebsleistung, um den Gesamtdampf von rund 100 Millionen Kilowattstunden zu decken. Jede einzelne Turbine hat einen Kondensator mit Pumpenaggregaten, bestehend aus Kühlwasser- und Luftpumpen. Ein Gegenstrom- und ein Querstromkühler besorgen die entsprechende Kühlung des aus den Kondensatoren kommenden heißen Wassers. Als Hilfsvorrichtungen bestehen eine Kältemaschine für das Kühlwasser, eine Luftreinigungsanlage und eine Bleisäureakkumulator-Batterie. In der hohen Maschinenhalle selbst ist auch der Kommandorraum mit der Schaltanlage und den Schaltstufen gelegen. Dort sind die neuesten Schaltapparate, Meßinstrumente, Erdstößsicherer usw. untergebracht. Häufige elektrische Lampen geben dem Kundigen von dem jeweiligen Stande der Dinge Kenntnis. Reinlichste Keilblech herrscht in der weiten Maschinenhalle.

Im Hofraum sind die Transformatoren zur Erhöhung der Generatorspannung auf 10.000, resp. auf 35.000 Volt in bequem zugänglichen Zellen eingemauert. Auch hier brennt und summt es eigenartig. Daß hier das heftigsten Lebensgefährt ist, versteht sich. Glücklicherweise ereigneten sich bisher keine ernstere Unfälle. Selbst bei größter Vorficht, infolge eines unbewussten Denkfehlens sind jedoch leicht tödliche Unfälle möglich. Das Schalthaus enthält gruppenweise für bestimmte Strecken alle jene Apparate, wie Hochtransformatoren, Regeltransformer, Trennschalter, Ueberspannungsschützer und Erdringtransformatoren, die zur unangenehmen Verteilung der erzeugten Energie und zur Aufrechterhaltung des Betriebes auch bei Störungen durch atmosphärische Einflüsse notwendig sind. Hierzu gehört auch eine eigene Betriebs-Telephonanlage, um den Kontakt mit den 25 vorhandenen Betriebsstellen auf der 800 Meter langen Leitungsstrecke aufrecht erhalten zu können. Dadurch wird selbstverständlich eine große Betriebssicherheit gewährleistet, und eine länger dauernde Stromunterbrechung vermieden.

Vom Türmchen Großkraftwerk wird die elektrische Energie durch weiterzweigige Hochspannungsleitungsnetze in 15 nordböhmische Bezirke von Oberlundenorf bis Deutsch-Gabel geleitet. Welche Kraftkonzentration das genannte Werk darstellt, beweist der Umstand, daß es 328 Gemeinden, 2 Elektrizitätsverbände, 165 Fabriken, 35 fremde Kohlenbergwerke und 40 sonstige Stromabnehmer beliebert. Beschäftigt sind bei der Nordböhmischen Elektrizitätswirtschaft insgesamt 140 Beamte und 660 Arbeiter.

Hunderttausende Menschen beziehen elektrische Energie für Kraft- und Lichtzwecke aus einer einzigen, gewaltigen Quelle. Wer diese beherrscht, besitzt viel Macht. Im Streik der Metallarbeiter (Sommer 1925) war bekanntlich das Türmchen Kraftwerk viel untrüben. Die beachtenswerte Leistung des Streikes wurde damals durch einige wenige Beamte, welche als „Retter“ einsprangen, zunichte gemacht. Welche Gefahr die Nordböhmische Elektrizitätsgesellschaft investiert haben, zeigt die Tatsache, daß die gesamten, ihr gehörigen Einrichtungen und Anlagen einen Sachwert von weit mehr als 100 Millionen Kronen aufweisen. Daß sich das Unternehmen rentiert ist klar. Schon äußerlich sieht man das an dem über 5 Millionen Kronen kostenden prachtvollen Verwaltungsgebäude in Bodenbach.

Es handelt sich also schon bei dem einen Großkraftwerk um eine volkswirtschaftlich ganz hervorragende Leistung — um wie viel mehr Bedeutung haben alle Elektrizitätswerke der Tschechoslowakei zusammengenommen? J. Sch.

Erinnerung an Jglau 1897.

Wahlagitator für die fünfte Kurie.

An anderer Stelle in dieser Nummer unseres Blattes werden die Wahlen in die fünfte Kurie aus dem Jahre 1897 behandelt. Hier lassen wir nun noch dem Genossen Gustav Pollatschek das Wort, der in der „Arbeiter-Zeitung“ persönliche Erinnerungen aus jener Zeit veröffentlicht und darin unter anderem erzählt:

Bei einem so komplizierten Wahlvorgang mußten alle Kräfte herangezogen werden. Die Partei war klein, die Zahl der Agitatoren gering. Schon Ende Jänner hatte mich Freund Krapka, der Redakteur der „Deutsche List“, angeworben, ihm in seinem Wahlbezirk Jglau bei den Vorbereitungen zu helfen. Bestand doch dieser Wahlkreis aus deutschen und tschechischen Gemeinden, neben den beiden Städten Jglau und Trebisch meist kleinen Dörfern, und Krapka hoffte mit meiner Hilfe sicher das Mandat zu erobern. So mußte ich denn Urlaub nehmen, ehe der Wahlkampf in Wien im Gange kam, und mich nach Jglau begeben. Wie viel und ob mir Genosse Ropp, der damalige Administrator der Arbeiter-Zeitung, Vorschuß gab, weiß ich nicht mehr. Wie ich den parsonen Administrator kenne, dürfte es auf keinen Fall viel gewesen sein. So mußte ich meine Ersparnisse aus den fürstlichen Pensionen zusammenkratzen und mich nach Jglau begeben. Die Fahrt sahle ja der Wahlfonds. In Jglau hatte ich auch freies Quartier bei einem der dortigen Genossen, während ich mir das Essen schon selbst besorgen mußte. Aber man war ja so jung, so gesund und so bescheiden. Mein Quartiergeber war ein Schneider, ein tüchtiger Arbeiter, obwohl seine rechte Hand verkrüppelt war. Er bewohnte eine rechte Profetierwohnung. Für damalige Verhältnisse ein ziemlich geräumiges Zimmer, in dem außer einer Nähmaschine, an der seine Frau arbeitete, einem Tisch, einem Stuhl, auch zwei Betten standen. In dem einen Bett schlief Genosse Stava, mein Quartiergeber, mit seiner Frau, in dem andern — ich. Frühmorgens

stand zuerst die Hausfrau zeitlich auf, das Frühstück zu kochen, dann der Hausherr, um in die Arbeit zu gehen. Am lehrer ich, denn ich war ja sozusagen die Respektperson. Dann ging es in das Vereinslokal, das eigentlich erst in der Mittagsstunde und am Abend regeres Leben zeigte. Die Wahlarbeit mußte ja von den Genossen in ihrer freien Zeit geleistet werden. Da mußten Einladungen geschrieben, da mußten die Genossen der einzelnen Viertel geladen, da mußten Versammlungen vorbereitet, Flugzettel verteilt werden. In Jglau selbst war die Arbeit ja einfach. Da wurde sie von den paar Fabriken und von den Eisenbahnen selbst geleistet. Aber komplizierter war sie auf dem Lande draußen. Da mußten wir, um auch nur ein Plakat aufzuhängen oder um ein Versammlungslokal aufzunehmen, stundenlang durch die Schneewege — auf einen Wagen reichte es nicht, oft überlegte man es sich sogar, mit der Eisenbahn zu fahren — und dann ebenso wieder zurück, wenn man es nicht vorzog, um Zeit und Kosten zu sparen, noch in das nächste Dorf zu gehen und auch dort die Gelegenheiten und Möglichkeiten für die Wahlpropaganda zu erkunden.

In Jglau selbst war es ja einfacher. Dafür aber machte dort die liberale Gemeindeverwaltung Schwierigkeiten. Sie sind ja sehr freiheitlich und sehr gegen den Terror, unsere Bürgerlichen. Aber wehe, wenn sie die Macht haben. Plakate wurden uns nicht etwa besteuert — phui über die Breitmerei! — sondern sie wurden uns an den offiziellen Plakatstellen einfach nicht gestattet. Natürlich liebte man sie an die Mauern, aber das freiheitliche Bürgerturn hatte gezeigt, wie es sich gegen den sozialdemokratischen Terror wehrt. Die Liberalen von Jglau lebten überhaupt noch in dem Wahne, eine Volkspartei zu sein. Sie hatten, als sie von unseren „Wahlereien“ erfuhr, auch eine Arbeiterversammlung einberufen, zu der sie namentlich Eisenbahner und andere qualifizierte Arbeiter aus der dortigen Textilfabrik einluden. Sie waren ihrer Sache so sicher, daß sie sehr erstaunt waren,

als in dieser vertraulichen Versammlung nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden, der die Verdienste der Liberalen hervorhob, ich, der ich mir mit einigen Genossen eine Einladungskarte verschafft hatte, mich erhob und mich an die anwesenden Arbeiter wendete und ihnen darlegte, wohin sie gehörten, und daß sie nicht den deutschen Kandidaten der Fabrikanten, sondern ihren Massengenossen, den Tschechen Krapka, zu wählen hätten. Die Einberufer stammelten dann noch einige verlegene Phrasen, aber die Versammlung ging nun mit dem Ergebnis auseinander, daß ich die Arbeiter einlud, zu der öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung zu kommen, die für den nächsten Sonntag einberufen war.

Ich muß noch das Ende meiner Jglauer Agitation erzählen. Natürlich wurde Krapka nicht gewählt. Innerhalb bekam er in dem riesigen Wahlkreis, in dem es nur in Jglau und Trebisch einstämmige Arbeiter gab, 76 Wahlmännerstimmen — allerdings von 590 abgegebenen. In der Stichwahl mit dem tschechischen Klerikalen siegte der Jungtscheche Sällein.

Aber als die Wahlen waren, war ich schon wieder in Wien. Hier hatten die Christlichsozialen mittlerweile auch eine eigene „Arbeiterpartei“ gegründet. Mitternayer mobilisierte die indifferenten, also christlichsozialen Kellerer, und strengte mit ihnen sozialdemokratische Versammlungen. Die Wählerlisten des Banewka toten das Weitere und so endete der 9. März 1897 mit einer Niederlage der Sozialdemokraten. Mitternayer hatte Schummeier geschlagen. Vielobhaber siegte über Reumann, Prochazka über Adler und Lueder wurde in Margareten gegen Remec gewählt. Selbst in Wiener-Neubau unterlag Bernerstorfer gegen Wedral, den Kandidaten des Krupp. Aber diese Niederlage hat nur den späteren Sieg der Partei den Boden bereitet. Die Kellerer des Mitternayer erkannten bald, wie die Christlichsozialen über die Arbeiter denken und wenn ich nicht irre, hat schließlich auch Mitternayer die Christlichsozialen durchschaut. Jedenfalls sind die Arbeiterfeindlichen, die die Christlichsozialen damals gegen uns aufboten, heute unsere unverlässigsten Anhänger. Nebenbei wurden doch 15 Sozialdemokraten gewählt, davon fünf aus Deutschböhmen.

1927 zu vereinbaren. Solche Vereinbarungen entbehren jeder Grundlage und sind daher die Funktionäre und Arbeiter nicht dazu verhalten, solche Vereinbarungen einzugehen. Einzelne Steuererwerbungen verhalten auch auf der Grundlage des dreiprozentigen Steuerabzuges vom Jahre 1926 den Arbeitern einen in Vierteljahrsraten, im Nachhinein zu zahlenden Steuerabzug für das Jahr 1927 vorzuschreiben. Auch für diese Maßnahme einzelner Steuerbehörden fehlt die gesetzliche Grundlage, nachdem die geplante Steuerreform noch nicht fertiggestellt, daher noch nicht Gesetz geworden ist. Neue Arbeiter, die eine solche Steuerzuschreibung für das Jahr 1927 erhielten, mögen daher zuwarten, bis die Steuerreform in Kraft getreten sein wird und sich dann nach deren Bestimmungen richten.

Eine prinzipielle Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes.

Die Firma Schäfer & Budenberg in Kuffig hat im Jahre 1924 unter anderem einen mehr als drei Jahre im Betriebe befindlichen Arbeiter entlassen. Der Betriebsausschuß legte die Sache im Sinne des Betriebsausschußgesetzes der Schiedskommission Kuffig vor. Dieselbe entschied nach Verhör zweier Zeugen gegen den Betriebsausschuß. Die Entscheidung ist in Rechtskraft erwachsen. Der Betriebsausschuß beschloß Johann zur Deckung der Barauslagen im Sinne des § 24, Absatz 2 des Betriebsausschußgesetzes eine Umlagerhebung, und zwar sollte die eine Hälfte von den Arbeitern, die andere Hälfte von der Firma bezahlt werden. Der Beschluß wurde durch Kundmachung veröffentlicht. Die Firma überreichte keine Beschwerde, lehnte es aber ab, den Beschluß zu erfüllen. Hierauf überreichte der Betriebsausschuß die Klage bei der Schiedskommission, welche dieselbe vorerst wegen Unzuständigkeit zurückwies. Ueber eine Beschwerde des Betriebsausschußes wurde diese Entscheidung durch das Oberste Verwaltungsgericht aufgehoben und die Schiedskommission mußte in der Sache selbst entscheiden. Am 3. Jänner 1926 wurde die Klage des Betriebsausschußes von der Schiedskommission neuerlich abgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß die Entscheidung auch über die Kosten endgültig ist und daß der Betriebsausschuß die Kosten aus eigenem zu bezahlen habe, also nicht berechtigt sei, dieselbe auf eine andere Partei zu überwälzen. Ueber die dagegen überreichte Beschwerde hat das Oberste Verwaltungsgericht geurteilt dahin entschieden, daß die angefochtene Entscheidung der Schiedskommission Kuffig aufgehoben werde, und zwar mit der vorläufigen kurzen Begründung, daß die Schiedskommission zwei wesentliche Dinge mit einander verwechselt habe. Die Schiedskommission habe gleichzeitig mit der Entscheidung in der Sache selbst dem Betriebsausschuß die Kosten aufzubringen hat. Hier liegt ein Anwendungsfall des § 24 des Betriebsausschußgesetzes vor, daher kann von einer rechtskräftig entschiedenen Sache nicht die Rede sein. Wegen unrichtiger Rechtsauffassung mußte die Entscheidung der Schiedskommission aufgehoben werden.

Der Betriebsausschuß war durch Genossen Dr. Ernst Engel vertreten.

Der Textilarbeiterkreis in Polen.

Ueber den Streik der polnischen Textilarbeiter meldet das Tschschlowakische Wochenblatt:

Im Lodzer Industriebezirk befinden sich insgesamt 92.000 Arbeiter im Auslande. Im Bezirk Bielitz-Biala streiken 8000 Textilarbeiter. Die Streikbeteiligung der gesamten Textilarbeiterkraft beträgt 80 Prozent. In der größten Textilwerknehmung in Lodz, „Widzewer Manufaktur“, in welcher Dienstag noch gearbeitet wurde, hat sich die Arbeiterchaft Mittwoch dem Streik angeschlossen. In Ozorkow und Hajez haben die Textilindustriellen der Arbeiterchaft eine zehnprozentige Lohnerhöhung vorgeschlagen, welche diese jedoch ablehnten. Die Streikenden sind entschlossen, bis zum Siege auszuharren und lehnen vorläufig jeden Schiedsspruch seitens der Regierung ab.

Der Streik hat bis jetzt einen ruhigen Verlauf. In Ostunka Wola haben einige Agitatoren versucht, Unruhe zu stiften, wurden jedoch verhaftet. Arbeitsminister Jurkewicz erklärte Journalisten gegenüber, daß die Regierung gern bereit sei, in den Konflikt vermittelnd einzugreifen, falls eine der kämpfenden Parteien sich an die Regierung mit dem Vorschlag um eine Intervention wendet. Bisher ist jedoch ein derartiger Vorschlag nicht gemacht worden.

Der Außenhandel in den ersten zwei Monaten des neuen Jahres.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht den Bericht über den Außenhandel der Tschechoslowakei in den ersten zwei Monaten des Jahres 1927. Danach betrug die Ausfuhr in der genannten Zeit des Jahres 1927 2718 Millionen gegen 2654 Millionen im Vorjahre, hat also um 64 Millionen zugenommen. Die Einfuhr in den ersten zwei Monaten 1927 betrug 2080 Millionen, im Jahre 1926 2398 Millionen, ist also gegen das Vorjahr um 318 Millionen zurückgegangen. Das Aktivum der Handelsbilanz hat also im Jänner und Jänner 1927 738 Millionen gegen 256 Millionen im Vorjahre betragen, ist also um 482 Millionen angewachsen.

Bemerkenswert an diesen Ziffern ist der Rückgang der Einfuhr, in dem sich die Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung ausdrückt. Die Aktivität der Handelsbilanz ist auf der geminderten Kaufkraft der Bevölkerung aufgebaut.

Ein bisher unbekanntes Notizbuch Beethovens, das Entwürfe zum a-moll- und b-dur-Quartett aus dem Jahre 1825 enthält, ist von einem Schüler des Moskauer Konservatoriums, der mit dem Ordnen der Musikdrucken im Zentralarchiv beschäftigt war, gefunden worden. Das Buchlein, das das Format eines gewöhnlichen Heftes hat, ist in imitiertes Leder gebunden und mit Goldschnitt verziert. Anlässlich der 100. Wiederkehr des Todesjahres Beethovens wird das Konservatorium in der Jubiläumsummer seiner Musikzeitschrift photographische Reproduktionen des Buchleins veröffentlichen.

Der Unsinn des „selbstlichen“ Mörserschleudern. In Guttenheim (in der Palz) brachte der Hangverein einem nach Amerika auswandernden Mitglied zum Abschied ein Ständchen. Einige junge Burschen benutzten die Gelegenheit, um aus zwei mit Sprengstoff gefüllten Mörsern Schüsse abzugeben. Dabei explodierte ein Wein abgerissen. Die eine von ihnen schwab in Lebensgefahr. Die Täter wurden festgenommen.

Antisemitisches aus Polen. Wie die jüdische „Kaj Przeglad“ aus Wilna meldet, kam es Dienstag an der medizinischen Fakultät der dortigen Hochschule zu Ausschreitungen gegen jüdische Hörer. Polnische Studenten, die nicht zulassen wollten, daß sich die Juden an den Arbeiten im Sezierloale beteiligten, trieben diese unter tätlichen Angriffen aus dem Saale.

„Die freie Gemeinde“ Organ für sozialdemokratische Gemeindepolitik. Redaktion: Kuffig, Dr. Pöschnerstraße 12, Verwaltung: Prag II, Rekezanla 18/II. Preis vierteljährlich K 4.50. Die Nummer vom 2. März bringt einen Artikel „Ein bormärzlicher Erzähl“, in dem Genosse L. P. die schädlichen Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform bespricht. In dem zweiten Artikel „Die Reform der politischen Verwaltung“ behandelt Genosse — dasselbe Thema. Der Inhalt des Aufsatzes über die „Staatsgeschäfte der Gemeinden“ bezieht den Hauptteil. Die Rubrik „Rundschau“ bringt eine Reihe von Notizen, welche Fragen aus den verschiedensten Gebieten behandeln. In der „Auskunftssuche“ wird eine Anfrage betreffend das Deimatrecht beantwortet. „Die freie Gemeinde“ kann bei allen Parteibuchhandlungen, Zchriftenabteilungen und in den Parteisekretariaten bezogen werden.

Gastob. Nach einer Mitternachtsmeldung aus Klipponen (Sachsen) wurden bei der Ausführung von Schweißarbeiten im Elektricitätswerk von Gröba der Schweißmeister Stähler und zwei Gefährten durch ausströmende Gase schwer verletzt. Die sofort angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos.

Ein gefährlicher Elefant. Im Pariser Zoologischen Garten wurde Dienstag durch Giftgabe ein 18 Jahre alter Elefant getötet, welcher in der letzten Zeit seiner Umzuehung sehr gefährlich wurde, und auch einen Wächter verletzt hatte. Da der Elefant nicht beruhigt werden konnte, schritt die Direktion des Zoologischen Gartens zu seiner Tötung. Der Käfig des Elefanten wurde hermetisch verschlossen und perstopt und Cyanalkali eingelassen. Der Elefant erlag dem Gift in ungefähr einer Viertelstunde. Der dem Zoologischen Garten durch den

Verlust des Ulfanten erwachsende Schaden beziffert sich auf 60.000 bis 80.000 Francs.

Eine dreizehnjährige Mutter. Der Marxistenedub in der Umgebung von Olmitz heißt zurzeit wohl das jüngste Elternpaar der Republik. Die 13jährige Tochter eines dortigen Kaufmannes verheiratete sich in den 16jährigen Wehring, der im väterlichen Geschäft angeheiratet war. Die gegenwärtige Liebe hatte den Erfolg, daß die Dreizehnjährige einem gefunden Kinde das Leben schenkte.

Das Rekordfliegen. Im Mai 1927 werden zwei Fliegeroffiziere der Britischen Armee den Versuch unternommen, einen neuen Rekord in einem ununterbrochenen Weitsfluge aufzustellen. Ihr Flugzeug wird aus einem 700 PS-Typ bestehen, über 1000 Gallonen Öl aufnehmen und 48 Stunden in der Luft verbleiben können, bei einer Minimalschnelligkeit von 100 Meilen in der Stunde. Sie werden von England in östlicher Richtung so weit als möglich fliegen. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Versuch, Indien in der kürzest möglichen Zeit zu erreichen. Sachverständige halten dafür, daß sie Karatsch eventuell auch Delhi erreichen und, wenn sie von besonderem Glücke begünstigt werden, bis nach Kalkutta gelangen können, was einer Entfernung von über 5000 Meilen gleichkommt. In diesem Falle würden sie Indien in 48 Stunden erreichen. Der gegenwärtige Rekord im Weitsfluge ohne Zwischenlandung beträgt 3345 Meilen und wurde im Oktober 1926 von zwei französischen Fliegern aufgestellt, welche von Paris nach Jaal in 32 Stunden flogen.

Dynamit-Explosion. In der Wohnhütte eines Steinbruchs in Leoben wollte ein Arbeiter namens Grabuschek mehrere Pakete mit gefrorenem Dynamit im Gefangengewichte von 15 Kilogramm erwärmen. Das Dynamit explodierte und zerstörte die Hütte. Grabuschek erlitt schwere Verletzungen, während seine Frau, die kurz vorher die Hütte verlassen hatte, zu Boden geschleudert, jedoch nicht verletzt wurde.

Berliner Stadtbahn-Fließer verhaftet. Dem Ueberwachungsdiens der Reichsbahndirektion Berlin ist es nach langen Beobachtungen gelungen, in der Nacht zum Montag eine berüchtigte dreißigfache Bande von Stadtbahn-Fließern unschädlich zu machen. Zwei von ihnen, namens Stein und Wlajawski, konnten sofort festgenommen werden. Der dritte, ein gewisser Plus, erkundigte sich am Montag morgen im Polizeipräsidium nach dem Verbleib seiner Helfershelfer. Dabei wurde auch er verhaftet. Die drei führen seit längerer Zeit zwischen dem Lehrter Bahnhof und dem Bahnhof Alexanderplatz hin und her, konnten aber wie auf früherer Zeit ertappt werden.

Bei Typhusverdächtige in Ologau. Die Typhuserkrankungen in Ologau nehmen von Tag zu Tag weiter zu. Während die Zahl der Typhuserkrankten sich am Samstag auf 53 belief, war sie bis Dienstag bereits auf 83 gestiegen. Inzwischen sind auch zwei Todesfälle eingetreten. Der Typhus hat auch auf die Vororte übergriffen.

Der Erfinder der Marina tödlich verunglückt. In Venedig ist der Erfinder der Marina, der im 97. Lebensjahre stehende Minister Schloßer, auf tragische Weise ums Leben gekommen. Er beobachtete vom Fenster seiner Wohnung aus einen Fischzug auf der Straße und stürzte dabei aus dem Fenster. Schloßer war auf der Stelle tot.

Leone-Pulver. Vor dem Gericht in Rhyöbing, einem ganz kleinen Städtchen in Nordböhmen, stand ein Mann unter der Anklage der Quacksalberei. Er hatte Pulver gegen eheliche Untreue verkauft. Eine Frau, die Zweifel an der Treue ihres Mannes hatte, hatte von ihm drei kleine Pulver behoben, die sie dem Mann in das Essen schütten wollte. Dann sollte er ihr ewig treu bleiben. Der Mann merkte, daß etwas im Essen war, stellte seine Frau zur Rede und sie beichtete ihm. Daraufhin verprügelte er den Quacksalber und verlagte ihn ohrendorn wegen Betruges, da er seiner Frau 135 Kronen für die drei Pulver abgenommen habe. Das Gericht war auch der Ansicht, daß die Treue eines Mannes so viel nicht wert sei und verurteilte den Quacksalber zur Zurückzahlung des Betruges.

Flugzeuge im Kampf gegen die Ranne. Auf dem Gebiete des Forstwesens wird eine großartige Aktion zur Ausrottung der Ranne vorbereitet, die trotz größter Anstrengungen bisher aus einem Teile der schlesischen Wälder nicht vertrieben werden konnte. Die Wälder in der Troppauer Gegend sind verwüstet und die staatliche Forstverwaltung hat kürzlich Versuche unternommen, die Ranne durch Ausföhrung von kalkhaltigem Arsenicum aus den Flugzeugen zu vernichten, die von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt worden waren. Die Versuche brachten günstige Resultate, doch haben die Untersuchungsanstalten inzwischen festgestellt, daß die Rannenschädlinge noch besser durch eine Lösung von bleihaltigem Arsenicum vernichtet werden, das durch Flugzeuge ausgestreut werden wird, wobei dieses nicht so leicht vom Wind verweht werden kann, wie das leichtere kalkhaltige Arsenicum. Außerdem schädigt das bleihaltige Arsenicum in keiner Weise die Forstskulturen, auch nicht die Lebewesen. In den böhmischen und mährischen Wäldern tritt die Ranne vorläufig noch nicht auf, sie wandert ostwärts und frisst die Wälder in den tiefer gelegenen Gegenden auf.

Volkswirtschaft.
Steuerabzüge.
Am 31. Dezember 1926 erfolg der Ministerialerlaß, auf Grund dessen den Arbeitern im Jahre 1926 — zwecks Tilgung der rückständigen und laufenden Einkommensteuer — Lohnabzüge gemacht worden sind. Ab 1. Jänner 1927 sind, da eine diesbezügliche Verpflichtung für die Arbeiter nicht mehr besteht, die Lohnabzüge für Einkommensteuer nicht mehr zulässig und dürfen in den Betrieben nicht mehr gemacht werden. Sollten sich doch Fälle von Lohnabzug ereignen, so ist davon den zuständigen Gewerkschaften Mitteilung zu machen, damit diese die Einstellung der Abzüge veranlassen.

Arbeiter, die infolge Aussehens oder Kurzarbeit im Jahre 1926 im ganzen nicht 7300 K verdient haben, sollen sich vom Unternehmer einen Lohnabzug für das Jahr 1926 ausstellen lassen und können — vorausgesetzt, daß sie 7300 K Gesamtverdienst im Jahre 1926 nicht erzielten — die gezahlte Steuer vom Steueramt im Gesuchwege zurückverlangen.

Weiters wird darauf aufmerksam gemacht, daß möglicherweise von einzelnen Steuerverwaltungen versucht wird, mit den Arbeitern Vereinbarungen zu treffen, die dahin zielen, einen zweiprozentigen Lohnabzug für Einkommensteuer für das Jahr

Vorträge.

Eine Auseinandersetzung über den Marxismus.

Die „Philosophische Zeitschrift“ veranstaltete Dienstag abends in einem Vortrag der tschechischen Universität einen Vortrag über den historischen Materialismus, der der erste in einer Vortragsreihe über den Marxismus überhaupt ist. Der Referent war der Professor der Philosophie an der tschechischen Universität Dr. Emanuel Kádl, der eine Darstellung und Kritik des historischen Materialismus gab, aus der hervorging, daß Kádl ein ausgesprochenen Revisionist ist, der bei seiner Kritik des Marxismus von diesem fast nichts mehr übrig läßt. In der Debatte trat ihm deshalb in ausführlichen Darlegungen Genosse Dr. Strauß entgegen, welcher an verschiedenen Beispielen die Richtigkeit des historischen Materialismus nachwies und zum Schluß darlegte, daß der Marxismus im tschechischen Volk in Wirklichkeit niemals eine größere Bedeutung erlangt habe. Die tschechischen Sozialdemokraten seien von einer naturgeschlichen, ephemerischen Auffassung des Sozialismus direkt in den Revisionismus, die tschechischen Kommunisten vom Naturrecht direkt in den Leninismus gewandert, ohne daß beide Parteien die Ehe des Marxismus durchgemacht hätten. In der Debatte sprachen noch mehrere andere Redner, so der tschechische Genosse Stojá, der auseinandersetzte, daß der Marxismus den tschechischen Intellektuellen in Form des Buches von Rosa Luxemburg bekannt worden sei, was aber selbst schon eine Kritik des Marxismus gewesen sei. Positive Darstellungen des Marxismus Systemes gibt es in der tschechischen Literatur keine. Außerdem sprachen noch Professor Linhardt und Dr. Sekanina, worauf der Referent in einem Schlußwort gegen die Ausführungen der Debatte referierte. Die zahlreich erschienenen Zuhörer folgten dem Vortrag und der Debatte mit großem Interesse. I.

Gerichtssaal.

Ein tödlicher Bunderrabbi.

Vor dem Bezirksgericht in Przemysl wird jetzt ein sensationeller Prozeß verhandelt. Der 70-jährige Bunderrabbi Schapiro aus dem Städtchen Radomir bei Przemysl reiste vor ungefähr einem Jahre nach Amerika, um Gelder für die Umerziehung von Kesseltänzern zu sammeln. Als Bunderrabbi gelang es ihm bald eine Konzession auf rituellen Wein von den amerikanischen Behörden herauszuschwindeln. Im trockenen Amerika werden solche Konzessionen mit Gold aufgezogen. Der Bunderrabbi wollte die Konzession schnell zu Geld machen, dem Geschäft stand jedoch eine Schwierigkeit im Wege. Die Konzession lautete auf den Namen des Rabbiners. Doch wozu ist man Bunderrabbi? Er beschloß ein Weib zu finden, der er seinen Namen und die Konzession und sie ihm ihr Geld, na und vielleicht auch noch etwas Liebe geben konnte. Und es dauerte nicht lange und Frauen, junge und alte, schöne und häßliche, alle aber mit viel Geld, wurden tüchtigweise dem Rabbi aus Vollen geschöpft. Von den Frauen, mit denen er bekannt wurde, gefiel ihm die 60-jährige Witwe Rubin, wohnhaft zuletzt in New York, am besten. Beide wurden auch bald handeleinig. Auf einem New Yorker Standesamt unterschrieb der Rabbi ein Dokument in englischer Sprache, und die Rubin erhielt die Konzession und der Rabbi das Geld. Einen größeren Betrag von diesem Geld sandte er seiner ersten Frau und Kindern nach Radomir, die nicht wenig überrascht waren, als der Dollarschein sich so schnell und so reichlich einstellte.

Als der Bunderrabbi von Amerika genug hatte, schiffte er sich nach Europa ein. Die Rubin gab sich jedoch mit der Konzession allein nicht zufrieden; sie fühlte sich noch jung und lebensdurstig und wollte einen Mann haben. Als der Rabbi, der sie so plötzlich verlassen hatte, ihre Briefe unbeantwortet ließ, bestieg die Besessene ein Schiff und dampfte ihm nach. In Radomir platze dann die Bombe.

Frau Rubin tröstete sich jedoch bald, als sie sah, daß sie als zweite Frau doch etwas zu kurz kommen würde. Sie verlangte daher die Rückgabe des Geldes. Der Rabbi hatte jedoch das Geld nicht mehr beisammen. Und als der Skandal immer größer wurde, verklagte der Rabbi die Frau wegen Erpressung. Frau Rubin drehte den Spieß jedoch um und verklagte ihrerseits den Rabbi wegen Bigamie.

Dies die Vorgeschichte. Die Angeklagte Blata Rubin schenkte sich nicht während ihrer Vernehmung, die intimsten Einzelheiten aus ihrem Zusammenleben mit dem Rabbiner Schapiro zu erzählen. Sie ging bei der Schilderung der Einzelheiten so weit, daß einige Frauen den Zuschauerraum verließen. Der dritte und vierte Tag brachte dann die Aussagen Schapiros. Schapiro erklärte unter Eid, daß er mit der Rubin kein Verhältnis gehabt habe. Trotzdem bleibt es aber unerklärlich, daß er ihr in New York einen größeren Geldbetrag gab, damit sie sich die Leibesfrucht abtreiben könne. Ganz entschieden bestreitet Schapiro, mit der Rubin eine rituelle geschlossene zu haben. Der ganze Akt sei lediglich eine Komödie gewesen, denn statt die Worte auszusprechen, „sei mir angetraut“, habe er leise die Worte gemurmelt, „sei mir geschieden“!

Ein Studentenduell mit tödlichem Ausgang.

Die Lustige des Studentenkampfes hat im November des vorigen Jahres ein Menschenleben vernichtet.

Nach der Darstellung der Anklage hat sich folgendes abgepielt: In der Nacht zum 12. November gab es in einem Grozer Kaffeehaus Streit unter Studenten. Hugo Bohrn, Mitglied der Verbindung Ostmark, forderte hierauf für Rudolf Bonauer, den Erstbargierten der Verbindung, von dem Studenten Terpositz Genugtuung. Es sollte ein Säbelkampf bis zur Kampfunfähigkeit einer der beiden Teile ausgeschrieben werden.

Der Säbelkampf wurde zur vereinbarten Zeit auch ausgetragen. Als Gegner standen sich Bonauer und Terpositz gegenüber. Am Ende bei dem Zweikampf waren außerdem die Sekundanten des Bonauer, die Sekundanten des Terpositz, ein unparteiischer Kampfrichter und zwei Kerze.

Der Kampf hatte schon eine Stunde gedauert, ohne daß einer der Gegner eine schwere Verletzung erlitten hätte. Beim dreiwundanzwanzigsten Gang erhielt Terpositz einen Hieb gegen das Kinn, der eine fünf Zentimeter lange Schnittwunde zur Folge hatte. Dieser von Bonauer geführte Hieb traf auch den Säbel des Terpositz. Er war so wuchtig geführt, daß die Spitze abdrückte und dem Terpositz in die rechte Brustseite eindrang. Terpositz starb an innerer Verblutung. Gelesen begann vor dem Grozer Schwurgericht der Prozeß. Die Anklage gegen Bonauer lautet auf Verbrechen des Zweikampfes, gegen die übrigen Teilnehmer auf Verbrechen der Beihilfe zum Zweikampf.

Gegen 11 Uhr nachts wurde das Urteil gesprochen. Die Geschworenen beantworteten die Fragen wie folgt: Bonauer zwölf Rein, Bohrn und die anderen Kartellträger und Sekundanten vier (drei) Ja, acht (neun) Nein. Der Gerichtshof sprach sämtliche Angeklagten frei.

Prager Kurse am 9. März.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1348.75	1254.75
100 Reichsmark	748.50	802.50
100 Belgas	468.62 1/2	471.62 1/2
100 Schweizer Franks	618.75	651.75
1 Pfund Sterling	163.27 1/2	164.47 1/2
100 Lire	149.17 1/2	150.57 1/2
1 Dollar	33.61 1/2	33.91 1/2
100 französische Franks	131.75	132.95
100 Dinar	59.19 1/2	59.89 1/2
100 Pengas	589.50	602.50
100 polnische Bloth	376.12 1/2	379.12 1/2
100 Schilling	474.37 1/2	475.37 1/2

Der Film.

Jmogon Robertson, die aus München geflüchtete Filmdiva, unterzeichnete einen Vertrag mit „United Artists“, ebenso auch Nils Aker und Corinne Griffith.

„Vola Regis“ neuer Film betitelt sich „Die Frau auf Probe“. Die Vorlage deutet ein Theaterstück von Ernst Lauda. Nach Fertigstellung dieses Filmes beabsichtigt sie Europa zu besuchen. In Hauptstadt gedankt sie sich in Paris aufzuhalten, um die französischen Filmateliers zu besichtigen. Von Paris dürfte sie wahrscheinlich auch nach Berlin fahren. Nach ihrer Rückkehr nach Hollywood wird sie in der Hauptrolle des Filmes „Mache“ auftreten, der das Schicksal der großen französischen Tragödin behandelt.

Kleine Chronik.

Was hat schreckt man aus dem Schlafe auf? Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Patienten klagt dem Arzt in der Sprechstunde über nächtliches Aufschrecken aus dem Schlafe. Die einen berichten, daß sie zu Beginn des Einschlafens mit dem Gefühl des Herabstürgens aus einer Höhe aufschrecken. Diese Form findet sich sehr häufig bei nervösen Menschen. Recht interessant ist die Erklärung, die der bekannte ungarische Arzt Jendrassik für das Gefühl des Herabstürgens gibt. Die Zwerchmuskeln stellen zu Beginn des Einschlafens ihre Funktionen nacheinander ein; zuletzt das Hautgefühl. In dem Augenblick, in dem die Hautempfindung des Einschlafenden erlischt, was von dem letzten Rest des Bewußtseins gerade noch wahrgenommen wird, kommt nun plötzlich ein Gefühl zustande, als wenn die Berührung des Körpers mit dem Bett auf einmal aufgehört hätte; und das wird eben als Herabstürzen empfunden. Starke Klauer mit übererregtem Nervensystem schrecken gleichfalls des Nachts mehrmals aus dem Schlaf auf, aber ohne Gefühl des Herabstürgens; dafür haben sie aber im Augenblick des Erwachens recht unangenehme Beschwerden in der Herzgegend, ein Gefühl des Zusammenziehens und Herzstopfens. Todsich einige Tage mit dem Klauer ausgeheilt wird, verschwinden Aufschrecken und Herabstürzen vollständig. Schließlich ist noch das Aufschrecken bei Herz- und Lebererkrankungen, besonders infolge Arterienverkalkung zu nennen. Hier wird eine Hebung der Herzkraft, Beseitigung der Säurehäufigkeit, Veränderungen, Pessierung und Dämpfung des Aufschreckens mit sich bringen. Der Saie hüte sich aber davor, selbst die Ursache des Aufschreckens erkennen zu wollen und sich seine Familie zu beunruhigen. Warum das nächtliche Aufschrecken andere Formen an, so suchte er den Arzt auf.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag, Sonntag, den 13. März; Abfahrt Sonntag 7 Uhr 15, Wilschbahnbohof nach Rídan. 5-6 Stunden Gehzeit. Führer Wender.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Aida“ (Zerleisprung 101-1). Freitag, 7 Uhr Gastspiel Peril Gröbner: „Terzina“ (102-2). Samstag, 7 Uhr: „Schwalbennest“ (100-4). Sonntag, 2 1/2 Uhr, Arbeitnehmer-Vorstellung: „Im weißen Röhl“; 7 Uhr: „Caribilla“ (103-3). Montag, 7 Uhr: „Tartuffe“, „Zerbrogner Ring“ (101-4).

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Raps oder Schriff“, Freitag: Kulturverband: „Der Weichsteufel“, Samstag: „Toni“, Sonntag, 3 Uhr: „Spiel im Schloß“; 7 1/2 Uhr: „Kucht“, Montag, Bankbeamten: „Dobere Calais“.

Sozialdemokratische Studentengruppe

Am Freitag, den 11. März, um halb 8 Uhr abends, veranstalten wir gemeinsam mit den tschechischen Genossen einen Vortrags- und Diskussionsabend über

„Die deutsche und tschechische Arbeiterbewegung im Wandel der Geschichte“.

Referent: Genosse Dr. Emil Strauß.
Der Vortrag findet im Wintergarten (Zimni zahrada) des Hotel „Monopol“, gegenüber dem Masarykbahnhof, statt.

Turnen und Sport.

Arbeiterport.

„Gleichheit“ Weichlich gegen „Union“ Tepliz 4 : 0 (2 : 0). Sicherer Sieg des Playboys, der bei einer planmäßigeren Arbeit des Stürmers bedeutend höher hätte ausfallen müssen. Eine allgemeine Überraschung zeitigte das technisch einwandfreie und aufopfernde Spiel der Teplitzer Mannschaft. Sie blieben in der jetzigen Verfassung einen nicht leicht zu nehmenden Gegner. Das Spiel wurde äußerst flott gespielt und war bis auf zwei große Fouls Webers durchaus fair. Webers hielten die Verteidiger durch gute Abwehrarbeit auf; die Passreihe der Weichlichler war der des Gegners ein bedeutendes Überlegen, während die Stürmerreihe beiderseits nicht ganz befriedigen konnten. Schiedsrichter Tg. Wrigen gut.

Sportplatz Pihanten. A.S. Ia. gegen „Victoria“ Judmantel Ia. 2 : 1, Eden 8 : 5. Sonntag, den 6. März, fanden sich die Mannschaften im Serienpiel gegenüber. Ein überaus harter, zäher Kampf beider Mannschaften, welchen Pihanten für sich entscheiden konnte. A.S. Ia. konnte einige Minuten nach Anstoß durch den Halbrechten in Führung gehen. Nun rollen schon vorgetragene Angriffe abwechselnd gegen beide Tore, welche aber stets durch die zäh arbeitenden Verteidiger vereitelt werden. Nach vieler Mühe gelingt es der Gästemannschaft gleichzuziehen. Nach Halbzeit gelingt es dem A.S. Ia., das „Victoria“ Tor ein wenig zu belagern, jedoch ohne zählbare Erfolge zu erringen, da einige schöne Chancen vergeben werden. Von da ab bringen auch beide auf Sieg spielende Mannschaften eine zu harte Rolle in das Spiel. Aus einem Gedränge vor dem Tor der Gäste kann der Rechtsaußen das siegreichende Tor für Pihanten erzielen. An diesem Resultat kann von „Victoria“ trotz aller Mühe nichts mehr geändert werden. Schiedsrichter Mache, Podenbach, war dem Spiel ein gerechter Leiter.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-N.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Solik.

Armaturenfabrik

sucht einen Arbeiter, welcher mit Armaturenschleiferei, Poliererei und Vernidlung vertraut ist. Stellung in dauernd. Anbote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnansprüche unter: „Selbständige Kraft 10-66“ an Annoncenexp. Braß, Prag II., Jindřišská 13. 4-80

DRUCK- U. VERLAGSANSTALT

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Zirkularen, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinen in Betrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHONAU

TISCHLARGASSE NR. 6.

Die Wirtschaft der Naturvölker.

Ueber die Anfänge des Wirtschaftslebens, die Entstehung des Ackerbaues und der Viehzucht, des Sandels und der ersten handwerksmäßigen Arbeit, war bisher noch immer tiefes Dunkel gelagert. Das Verdienst, in diesem Dunkel mit der Fackel der Wissenschaft einmal hingeleuchtet zu haben und auf viele ungelöste Fragen eine Antwort gefunden zu haben, gebührt dem Berliner Universitätsprofessor Genossen Heinrich Cunow^{*)} der den großangelegten Versuch einer Darstellung der Entwicklung der menschlichen Wirtschaft von ihren Ursprüngen bis zum modernen Kapitalismus unternimmt und in dem ersten der geplanten vier Bände die Wirtschaft der Naturvölker darstellt. Wir haben es hier mit einem grundlegenden Werke zu tun und können stolz darauf sein, daß es ein Sozialist geschrieben hat. Die Fruchtbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung tritt hier deutlich zutage, mit einem imponierenden, dem Gebiete der Völkerkunde entnommenen Wissensstoff werden die vielfach im romantischen Halb Dunkel liegenden Anfänge der Wirtschaft an das helle Tageslicht der Erkenntnis gezogen. Aus der ungeheuren Fülle des Neuen,

das da geboten wird, können nur wenige Tatsachen als Beispiele hier Erwähnung finden.

Viele sozialistische Schriftsteller haben sich schon mit dem Urkommunismus beschäftigt, der in den Anfängen der Menschheitsgeschichte Form und Grundlage des Lebens der Völker gewesen ist. Cunow zeigt an den Wirtschaftsverhältnissen einer Reihe von Naturvölkern, Indianer Nord- und Südamerikas, Australier und Polynesier, Malaien und Africaner, wie dieser Urkommunismus beschaffen war. Arbeitswerkzeuge und Waffen waren als Erzeugnisse individueller Arbeit auch individuelles Eigentum, während der Boden Sordeneigentum gewesen ist. Eine Aufteilung des Sordeneigentums unter die Einzelnen hat es in der Zeit primitiver Wirtschaft niemals gegeben. Auch als die Sorden zu Stämmen anwuchsen, blieb das Stammesgebiet Allgemeinbesitz. Die Menschen, die den Boden bebauten, besaßen nur ein Nutzungsrecht an dem Stückchen Boden, das sie bearbeiteten, während das Eigentum daran Sache der Gemeinschaft war. Der Allgemeinbesitz an Grund und Boden, der von bürgerlichen Gelehrten so oft besprochen wird, ist nach dem fast überreichen Material, das Cunow zur Stützung seiner Behauptung beibringt, Tatsache.

Allgemein fesselnd ist das, was Cunow wieder an zahlreichen Beispielen über die Anfänge des Wirtschaftslebens erzählt. Die auf Nahrungserwerb gerichtete Arbeitsfähigkeit des Armenbesitzes bestand „zunächst lediglich in dem Auffuchen und Ergreifen bzw. in der Aneignung roher Naturprodukte. Der Mensch verzehrte die ergriffenen

Naturgaben noch roh“. Das Säen und Ernten haben die Menschen viel später durch Erfahrung gelernt. Cunow zitiert da das Werk eines Forschungsreisenden, in dem anschaulich darüber erzählt wird:

„Ein Malaienköppling von Selangor berichtet mir, daß die Vögel früher die Gewohnheit gehabt haben, ihre Nahrungsfriichte in ihren kleinen Nisten zu verzeihen, die sie sich an den bekannten Fundstellen errichteten; aber nachdem sie erkannt hatten, daß dieser Brauch auf jenen Stellen das Aufwachsen einer überflüssigen Zahl von Fruchtbäumen zur Folge hatte, gingen sie dazu über, die Friichte an weiter abgelegenen Stellen zu verzeihen, und später suchten sie sich in jedem Jahre neue Plätze aus, um den Samen über weitere Bodenflächen zu verstreuen.“

So hat man sich also die ersten Anfänge des Ackerbaues vorzustellen, die in eine noch frühere Zeit fallen als die Anfänge der Viehzucht. Die frühere gangbare Auffassung, daß die Naturvölker erst Jäger und Viehzüchter waren und erst später zum Ackerbau übergegangen sind, läßt sich nach den exakten Untersuchungen Cunows nicht mehr aufrechterhalten. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß die Aufzucht von Vieh viel später eingang gefunden hat als der Ackerbau, wenn auch der ursprüngliche Ackerbau nicht die Schaffigkeit der Bevölkerung mit sich gebracht hat. Der Boden wurde in primitiver Weise bebaut, war er ausgenüßt, zog man weiter und bebautete einen anderen Teil des Sordeneigentums. Der Viehzucht voran

ging die Viehhaltung, die darin bestand, daß man einzelne Tiere, wie Wildschweine, fing und sie in kleinen Hegegen eine Zeitlang hielt, bis man ihr Fleisch benötigte.

Das sind nur so wenige Einzelheiten, die die grundlegende Bedeutung aufzeigen sollen, welche dem Cunow'schen Buche für die Aufhellung der Urgeschichte der Menschheit, insbesondere aber für die Anfänge des Wirtschaftslebens zukommen. Was Cunow über die Anfänge des Handwerks (insbesondere der Kunst des Webens, die aus dem Flechten hervorgegangen ist), des Tausches (Sandels), des Geldes sagt, ist ebenso interessant, wie die Darstellung der Kulturhöfe des alexandrischen Reiches der Azteken, des peruanischen Reiches der Incas — das einen ausgehenden Verwaltungsapparat mit einer Beamtenhierarchie aufwies — und der Malaienstaaten Ostafrikas, in denen es zu einem ausgebildeten Lebenswesen, ähnlich dem des deutschen Mittelalters, kam. Hier zeigt sich ähnlich übrigens wie in den Martergenossenschaften der Indianer die Gleichartigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Menschheit und die Gesetzmäßigkeit von deren Ablauf, was nachgewiesen zu haben eines der bleibenden Verdienste der materialistischen Geschichtsauffassung ist.

In dem hier besprochenen Buche hat Cunow wieder gezeigt, daß er einer der hervorragenden marxistischen Historiker, vor allem aber der bedeutendsten sozialistische Ethnologe überhaupt ist.

^{*)} Heinrich Cunow: Allgem. Wirtschaftsgeschichte. Erster Band: Die Wirtschaft der Natur- und Halbnaturvölker. A. S. W. Dien Nachdruck, Berlin 1926.